

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis halbjährlich 3.00 RM, monatlich 1.00 RM, wöchentlich 30 Pf. Fern und Ausland Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1.00 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Land 2.00 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.
 Erschiel Halla.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehobene Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Beraternungs-Anzeigen 30 Pf. Kleine Anzeigen, das selbige Wort 20 Pf. (zuletzt 2 selbige Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Schiffsvermietungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97. **Mittwoch, den 20. Juni 1917.** Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Das Maiergebnis des U-Boot-Kriegs.

869 000 Tonnen im Mai versenkt

Berlin, 19. Juni. Amtlich. Im Monat Mai sind an Handelschiffraum insgesamt 869 000 Brutto-Register-Tonnen durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte versenkt worden. — Damit und unter Hinzurechnung der nachträglich bekannt gewordenen Kriegsverluste sind seit Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges insgesamt 3 655 000 Brutto-Register-Tonnen des für unsere Feinde nutzbaren Handelschiffraum vernichtet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Versenkungsziffern der Vormonate seit Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges waren: April 1 061 000 Tonnen, März 885 000 Tonnen, Februar 781 500 Tonnen. Zu dem Resultat des Mai bemerkt W. T. A.: Das Maiergebnis zeigt, daß die von den Engländern immer wieder im eigenen Lande und bei ihren Verbündeten aufgestellte Behauptung, die Unterseebooterfolge der Mittelmächte würden durch die erfolgreiche Anwendung von neuen Unterseebootabwehrmitteln in einer für Deutschland und seiner Verbündeten gefährlichen Weise verringert, falsch ist. Durch die in den ersten drei Monaten des uneingeschränkten Unterseebootkrieges erfolgten Versenkungen waren nicht weniger als 2 796 000 Brutto-Register-Tonnen Schiffsraum dem Seeverkehr für die kriegerischen und Handelszwecke der Entente entzogen. Der Tonnagezuwachs durch beschlagnahmte und neu erbaute Schiffe in diesem Zeitraum ist dem Verlust gegenüber nur gering und wird auf nicht mehr als etwa ein Fünftel des Verlustes einzuschätzen sein. Trotz jener außerordentlichen Verringerung der für die Entente verwendbaren Weltschiffstonnage übertrifft das Maiergebnis dasjenige des Februar um über 80 000 Tonnen und erreicht fast dasjenige des Monats März mit seinen 885 000 Tonnen. Auch im Mai haben sich die Unterseebootverluste wie bisher unter der von vornherein in Rechnung gestellten Höhe gehalten und werden ganz erheblich durch den Zuwachs an Neubauten übertroffen. Die deutsche Unterseebootflotte nimmt daher ständig weiter an Stärke zu.

Rücktritt des Schweizer Bundesrats Hoffmann.

Bern, 19. Juni. (Meldung der Schweizerischen Depesch-Agentur.) Infolge der durch den diplomatischen Zwischenfall geschaffenen Lage fand heute eine Besprechung zwischen dem Bundesrat, den Präsidenten der Räte und den Fraktionspräsidenten statt. Der Beginn der Sitzung des Nationalrates verzögerte sich infolgedessen. Im Rat herrschte sichtliche Erregung. Präsident Buler eröffnete die Sitzung und verlas folgendes Schreiben des Chefs des politischen Departements, Bundesrats Hoffmann, an den Nationalrat:

Hochgeachteter Herr Nationalratspräsident!
 Die unbefugte Veröffentlichung einer chiffrierten Depesche, die ich durch Vermittlung der Schweizerischen Gesandtschaft in Petersburg an den dort anwesenden Nationalrat Grimm richtete und in welcher ich meine Auffassung über die Friedensbedingungen der Zentralmächte gegenüber Rußland und in bezug auf die übrigen Alliierten auseinandersetzte, hat eine Lage geschaffen, die für die innerpolitischen und auswärtigen Beziehungen des Landes verhängnisvoll werden kann. Es wird niemand daran zweifeln, daß ich diesen Schritt aus eigener Entscheidung und auf meine eigene Verantwortung unternommen habe, daß ich ausschließlich für die Förderung des Friedens und damit im Interesse des eigenen Landes zu handeln bestrebt war. Ich könnte aber den Gedanken nicht ertragen, daß in diesen Zeiten größter politischer Spannung und Aufregung meine weitere Tätigkeit meinem heißgeliebten Vaterlande zum Schaden gereichen könnte. Ich bitte Sie daher, meine Demission als Mitglied des Bundesrates entgegenzunehmen zu wollen.

Nach Verlesung des Rücktrittsschreibens des Bundesrats Hoffmann gab der Bundespräsident Schulthess folgende Erklärung ab:

„Der Bundesrat bestätigt die Erklärung des Herrn Hoffmann in allen Teilen. Er hat von seinem Schritt keine Kenntnis gehabt. Wäre er durch Herrn Hoffmann befragt worden, so hätte er diesen gebeten, hiervon abzusehen. Wir trennen uns von Herrn Hoffmann mit schmerzlichen Gefühlen. Er hat durch seine Intelligenz, Arbeitskraft und Hingebung dem Lande in schwerer Zeit unschätzbare Dienste geleistet. Seine Gesinnung ist über alle Zweifel erhaben. Er hat nur im Landesinteresse handeln wollen. Wir danken dem Scheidenden im Namen des Landes. Das Große, das er dem Lande geleistet hat, bleibt unvergessen.“

Nach einer Ansprache des Präsidenten Buler, in der dieser den schmerzlichen Gefühlen beim Austritt des geschätzten

Leiters des politischen Departements Ausdruck gab, beschloß der Rat mit überwältigender Mehrheit, in eine Besprechung nicht einzutreten.

Bern, 18. Juni. (Meldung der Schweizerischen Depesch-Agentur.) Reuter sowohl wie die Petersburger Telegraphen-Agentur bringen Mitteilungen betreffend die Uebermittlung des Angebots eines deutschen Friedens in Petersburg durch Bundesrat Hoffmann, Chef des politischen Departements, durch Vermittlung des in den letzten Wochen dort weilenden Schweizerischen sozialdemokratischen Nationalrates Robert Grimm aus Bern.

Zu diesem Telegramm erfährt die Schweizerische Depesch-Agentur von zuständiger Stelle folgendes:

Am 27. Mai 1917 hatte Nationalrat Grimm die Schweizerische Gesandtschaft in Petersburg, wo er sich damals aufhielt, ersucht, Herrn Bundesrat Hoffmann ein Telegramm zu übermitteln, in welchem er in der Hauptsache ausführte, das Friedensbedürfnis sei allgemein vorhanden; ein Friedensschluß sei in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht zwingende Notwendigkeit; die Erkenntnis hierbon sei an maßgebender Stelle vorhanden; die einzig mögliche und gefährlichste Störung aller Verhandlungen könnte nur durch eine deutsche Offensive im Osten erfolgen. Unterbleibe diese Störung, so werde eine Liquidation in relativ kurzer Zeit möglich sein. Daran wurde die Bitte geknüpft, Bundesrat Hoffmann möchte über die bekannten Kriegsziele der Regierung Nationalrat Grimm unterrichten, da die Verhandlungen dadurch erleichtert würden. Am 3. Juni 1917 ist folgendes chiffriertes Antworttelegramm an die Schweizer Gesandtschaft in Petersburg abgegangen: (Es folgt nunmehr der Text des Telegramms, den wir bereits in unserer gestrigen Nummer veröffentlichten. Red. d. V.). Dieses Telegramm ist von unbefugter Seite entziffert und in der Zeitung „Sozialdemokraten“, dem Organ von Branting, in Stockholm veröffentlicht worden. Dieser Schritt ist vom Bundesrat Hoffmann ohne jede Beeinflussung im Interesse der Förderung eines baldigen Friedens und damit im eigenen Landesinteresse unternommen worden.

Eine Erklärung der „Berliner Tagwacht“.

Berlin, 19. Juni. Die „Berliner Tagwacht“, das sozialistische Organ, das der Zimmerwald-Richtung nahe steht, bezeichnet die Behauptung der russischen Regierung, Grimm sei ein deutscher Agent, als frechen Schwindel. Ebenso erklärt das „Berliner Tagblatt“, Grimm sei niemals ein deutscher Agent gewesen.

Daß Robert Grimm, der Vorsitzende von Zimmerwald-Kienthal, der seit Kriegsbeginn die deutsche sozialistische Mehrheitspartei auf das bestigste angriff, sich jetzt wegen seiner Friedensbemühung selber gegen die Etikettierung „deutscher Agent“ wehren muß, ist ein eigenartiges Schicksal, das zu allerhand Betrachtungen herausfordert.

Rechtfertigung Grimms vor dem A. und S. R.

Das Petersburger Telegraphen-Bureau teilt mit: Sobald die russische Regierung Nachricht von diesem Dokument (dem bereits mitgeteilten Telegramm des Schweizerischen Bundesrats Hoffmann) erhalten hatte, forderte sie die sozialistischen Minister Terenti und Slobodoff auf, eine Erklärung von Grimm zu verlangen. Dieser stellte den Ministern ein Dokument zu, worin er zu zeigen versuchte, daß er keinerlei Mitteilung über die Friedensverhandlungen erhalten habe, weder direkte noch indirekte und daß das erwähnte Telegramm ein Versuch von Deutschlands Seite war, um seinen Aufenthalt in Rußland auszunutzen, die internationalen sozialistischen Verbindungen wieder anzuknüpfen und einen allgemeinen Frieden im deutschen Regierungsinteresse zustande zu bringen, und daß er schon in Bern, während er seinen Paß ausgestellt erhielt, jedes politische Gespräch und jede Verbindung mit der deutschen sozialistischen Mehrheitspartei vermie und daß er endlich in seiner Eigenschaft als Sozialist nicht Sprachrohr für imperialistische Friedensvorschläge zwischen den Regierungen sein könne.

Da Terenti und Slobodoff diese Erklärung wenig zufriedenstellend fanden, forderte die russische Regierung Grimm auf, Rußland zu verlassen, was er darauf tat. Auch der allgemeine Kongreß des Arbeiter- und Soldatenrats hat sich mit der Angelegenheit Grimm befaßt und seine Ausweisung mit 640 gegen 121 Stimmen gutgehehen. Mit der Erklärung, daß die Haltung der Minister vollständig übereinstimmt mit den Interessen der russischen Revolution und des internationalen Sozialismus. Es wird auch der Beschluß der Minister gebilligt, alle Einzelheiten dieser Angelegenheit zu veröffentlichen.

Der Rücktritt des Kabinetts Clam-Martinic.

Die an Schärfe unübertreffbare Erklärung des Vizepräsidenten gegen das Ministerium Clam-Martinic hat ihre Wirkung getan: Der Ministerrat hat den Rücktritt beschlossen. Der junge Kaiser wird, kaum daß er die ungarische Krone zu lösen versucht hat, vor einem neuen Problem stehen.

Die deutsche Presse ist darob ganz außer Rand und Band geraten. Der Wiener Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ fordert schleunigste Vertagung des eben erst berufenen Hauses, die „Börsen-Zeitung“ kokettiert deutlich mit dem § 14, und der „Lokal-Anzeiger“ behauptet, daß die Polen „den großangelegten Arbeitsplan des Gesamtministeriums über den Hausen geworfen haben“ (wobei wohl zu beachten ist, daß die erste Regierungsvorlage der Entwurf eines Jahntechnikergesetzes und eine der letzten Notverordnungen die Herausgabe von Bestimmungen war, die die Berechtigung zur Führung des Ingenieurtitels regeln).

Jene Auffassung, die die Lebensnotwendigkeiten Oesterreichs erfüllt glaubt, wenn das Säbelkassell jeden anderen nichttönigen Lärm übertönt, liefert nicht nur der Entente reichlichen Stoff, von der Lebensunfähigkeit Oesterreichs zu fabulieren, sondern führt auch den Beobachter abseits der großen Probleme.

Wie ist doch die Lage? Die Polen entziehen der Regierung ihre Stimme, und die Regierung muß demissionieren. Die eben erst von der „Kölnischen Zeitung“ mit so schroffer Schärfe verworfenen Krakauer Voten beherrschen das parlamentarische und politische Leben des mächtigsten Bundesgenossen Deutschlands! Aber wie kommen die Polen zu ihrer Macht? Daß sich doch die deutsche Öffentlichkeit der großen Bedeutung dieser Frage bemußt würde! Die Polen halten im österreichischen Abordnenhaufe die Entscheidung in Händen und sind unentbehrliche Hilfskräfte der Regierung — solange Deutsche und Tschechen miteinander hadern. Während sich diese beiden Nationen in den Haaren liegen, gefallen sich die Polen in der Rolle des sich freuenden Dritten und lassen sich ihre parlamentarischen Hilfsdienste ausnehmend gut bezahlen, wofür am Ende die streitlustigen Deutschen und Tschechen herangezogen werden.

Keinen Augenblick sei verkannt, daß die Polen furchtbar unter dem Kriege gelitten haben und erlittene, so tieftraurige Beschwerden vortragen. Sie verlangen die Befestigung der im Krieg eingeführten deutschen Verkehrspreise auf den Eisenbahnen, die Zurückdrängung der Militärjustiz, Erhebung der militärischen durch die zivile Verwaltung und endlich eine reichlich bemessene Entschädigung für die Kriegsschäden, die das aus tausend Wunden blutende Galizien erlitten hat. Ueber dieser bereitwilligen Würdigung der polnischen Klagen sei aber nicht vergessen, daß Galizien seit dem 5. November 1916 mehr nach Warschau als nach Wien gravitiert, und daß die polnischen finanziellen Wünsche im Grunde darauf hinauslaufen, daß Deutsche und Tschechen gemeinsam für ein Land zahlen sollen, das mehr dem neuen Polen als dem alten Oesterreich zugehört. Um Stimmen für ein Budgetprovisorium zu fangen, ist es ein wenig kostspielig, irgendeine Milliardenforderung zu bewilligen, so notwendig diese Milliarden auch sein mögen, ohne daß in gleicher Weise nach sachlichem Bedürfnis die übrigen Leidtragenden dieses Krieges unterstützt werden.

So macht die österreichische Ministerkrise deutlich, daß eine Revision der Verfassung an Haupt und Gliedern das dringende Gebot der Stunde ist. Die Rechtsverwahrungen aller nichtdeutschen Völker der Monarchie und der Verlauf der Budgetdebatte, die übrigens im Verhältnis zu den Kriegsliden ruhig, würdig und von dem offensichtlichsten Bestreben geleitet war, Zusammenstöße zu vermeiden, erweisen einen zentralistischen Kurs als unmöglich. Nur ein Bundesstaat autonomer Nationen, wie er von dem ausgezeichneten deutschnationalen Staatsrechtslehrer Dr. Redlich, dem tschechischen Sozialdemokraten Dr. Schnermal und dem deutschen Sozialdemokraten Dr. Renner gefordert wurde, bringt Erlösung von jahrhundertlangem, schmerzlichen Uebel. Er wird die Reibungsflächen der Nationen verringern und neben der ausschließlichen und extremen Betonung des nationalen Prinzips auch den unbedingt notwendigen Staatsgedanken verinnerlichen und tiefer in allen Völkern des vielsprachigen Reiches verankern.

Der Weg zu diesem Ziel ist nicht leicht und schnell zu durchmessen. Am meisten würde sich die Bildung eines Ubergangsministeriums unter einem tüchtigen Verwaltungsbeamten empfehlen, das für Vinderung der sozialen Kriegsschäden zu sorgen und die bürgerliche gegen-

über der militärischen Gewalt nachdrücklich zu vertreten hätte. Seine Hauptaufgabe aber wäre die Vorbereitung einer durchgreifenden Verfassungsänderung, die sich auch auf die Demokratisierung der Gemeinden und Gemeindeverbände erstrecken müßte, im Einvernehmen mit den Nationen, die im Herbst, nach Bildung eines großen Koalitions-Kabinetts, im Reichsrat den Schlüsselstein zu ihrer selbstgebauten Verfassung zu legen hätten.

Dieses Programm — und dieses allein — kann zur Befreiung Oesterreichs führen, die ein deutsches Interesse ist, und dessen glückliche Durchführung endlich die wertgewaltigen Chauvinisten aller Nationen schadlos machen würde.

Wien, 19. Juni. Den Abendblättern zufolge wurde mittags im Abgeordnetenhaus bekannt, daß Ministerpräsident Graf Lam-Martinic vom Kaiser den Auftrag erhalten habe, die Umbildung des Kabinetts durchzuführen. Der Kabinettschef habe die darauf abzielenden Verhandlungen mit den Parteien bereits in Angriff genommen.

Wien, 19. Juni. (Meldung des Wiener R. A. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Ministerpräsident Graf Lam-Martinic hat in Ausführung des gestrigen Ministerratsbeschlusses heute dem Kaiser die Demission des gesamten Kabinetts überreicht. Der Kaiser beehret sich die Entschliessung vor.

Stockholm.

Ankunft neuer Vertreter.

Stockholm, 18. Juni. (Fig. Drahtber. d. Wort.) Die Vertreter der tschechischen Sozialdemokratie (Separatisten), die Abgg. Remec und Fahrman sind heute hier eingetroffen. Dr. Smeral folgt ihnen in zwei Tagen. — Das Komitee halte heute mit dem Vertreter der englischen Fabrikgesellschaft West eine kurze Beratung. Thompson, der Herausgeber des „Clarion“, ist nicht Delegierter, sondern zu seiner privaten Information angewiesen. — Trotskij sprach sich über den Fortgang der Verhandlungen beiseite aus.

Das englische Blatt „Clarion“ kann als sozialistisch kaum angesehen werden. Während des Krieges hat es die Hege gegen Deutschland, wie sie die englische Presse trieb, kritisch mitgemacht und eine absolut imperialistische Politik verfolgt.

Erklärung der ukrainischen Sozialisten Oesterreichs.

Stockholm, 18. Juni. Der am 14. Juni vor dem Holländisch-Scandinavischen Sozialistischen Ausschuss erschienene Vertreter der ukrainischen sozialdemokratischen Partei Oesterreichs, Wladimir Remnysky, hat namens seiner Partei folgende Forderungen vorgebracht: Lösung der nationalen Fragen als Gebot der Gerechtigkeit und Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden und für die Entwicklung des sozialistischen Gedankens. Umwidmung der von verschiedenen Völkern bewohnten mittel- und osteuropäischen Staaten, Oesterreich-Ungarns, Rußlands und der Balkanstaaten zu Bundesstaaten aus gleichberechtigten, sich selbst verwaltenden Völkern, wobei die Politik der Ukrainer nach der Einigung aller ukrainischen Gebiete in einem politisch selbständigen Staatsgebilde ober, wenn das nicht zu erreichen wäre, nach vollständiger Selbstverwaltung der Ukrainer sowohl Oesterreich-Ungarns wie Rußlands in den von ihnen bewohnten Gebieten in bundesstaatlichem Zusammenhange mit diesen Staaten strebt; Neuabgrenzung zwischen Oesterreich und Rußland nach dem von den verschiedenen Völkern bewohnten Gebiet; Wiederherstellung von Polen, aber nur innerhalb der von Polen bewohnten Gebiete; Errichtung eines besonderen Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Völker bei den zu errichtenden überstaatlichen Schiedsgerichten; möglichst baldigen Friedensschluß ohne Gebietsänderungen und Kriegskolonien; Entschädigung der Völker, auf deren Gebiet der Krieg geführt worden ist, für allen Schaden durch die Kriegführenden, soweit der Krieg nicht im Interesse des betreffenden Gebietes geführt worden ist; Wiederherstellung der Selbständigkeit von Belgien, Rumänien und Serbien, mit welchem Montenegro zu vereinigen wäre; Lösung der finnlandischen und elbisch-estonischen Frage durch Hebererinnungen der unmittelbar daran beteiligten Völker nach Maßgabe der Wünsche der bodenständigen Bevölkerung dieser Länder; in wirtschaftlichen und völkerrechtlichen Fragen schließen die Ukrainer sich den Forderungen der deutsch-österreichischen Sozialistenvertretung an. Auf der zu berufenden allgemeinen Zusammenkunft der Arbeiter- und Sozialistenparteien verlangt Remnysky für die sozialistischen Parteien der Ukrainer Oesterreich-Ungarns und Rußlands die Stellung einer selbständigen nationalen Abordnung. Sie erwarten von dem Friedensschluß die Abschaffung der stehenden Heere und ihre Ersetzung durch Volksheere nur für die Landesverteidigung, weitestmögliche allgemeine Abrüstung und Abschaffung der geheimen Diplomatie.

Protest der „Humanité“ gegen die Passverweigerung.

In der „Humanité“ vom 9. Juni schreibt Marius Moutet: Weder das Land, noch die Regierung, noch das Parlament haben begriffen, worum es sich handelt. Wir wollen aber die Hoffnung nicht aufgeben; sie werden es schließlich doch noch begreifen. Die Verweigerung der Pässe war ein Mißgriff. Die englische Presse, die weniger durch den Parteigeist gebildet ist und nicht wie die unsere rein vom Standpunkte der inneren Parteipolitik handelt, hat dies ebenfalls begriffen. Die gesamte Presse von der „Times“ bis zum „Manchester Guardian“ verurteilt mit ganz vereinzelten Ausnahmen die unglückliche Entscheidung Ribots. Die englische Arbeiterklasse sagte sich trotz ihres nationalen Zusammengehörigkeitsgeföhls, daß sie ihren Widerwillen im Interesse der internationalen Bewegung überwinden müsse, und um nicht den Deutschen das freie Feld zu überlassen, wird die englische Labour Party nach Stockholm und Petersburg gehen. So wird Frankreich allein die deutsche Propaganda erfolgreich unterliegen.

Moutet weist dann weiter darauf hin, daß die Durchreise Lenins durch Deutschland von den in der Schweiz lebenden russischen Sozialisten, die sie anfangs mißbilligten, später nachgehakt worden ist. Deutschland erhebt dadurch in russischen Augen als die Macht, die größeren Respekt für die Freiheit habe als Frankreich. Wogegen werde ganz Rußland sagen: Trotz der Proteste Menckelows und anderer Alldoerger haben die deutschen Wehrheute- und Winderhelden nach Stockholm gehen können, aber in der freien französischen Republik ist eine große Partei, die ein Recht der Volksvertretung im Parlament ausmacht, nicht bereit über ihre Handlungen; ihre Mitglieder, deren Patriotismus — wie Herr Ribot sagte — über jeden Zweifel erhaben ist, genehen

In Flandern fortdauernder Artilleriekampf — Bei Mouchy feindliche Gräben gesäubert — Vorstoß der Franzosen am Hochberg — Neue Artillerieschlacht bei Afiago.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 19. Juni 1917. (W. T. Z.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der Flandern- und Arras-Front ist die Lage unverändert. In westlicher Stärke dauert der Artilleriekampf an; gestern war er besonders zwischen Vorstinghe und Becklinghien lebhaft. Ostlich von Mouchy warfen unsere Sturmtruppen die Engländer aus einigen Gräben, die bei den Kämpfen am 14. 6. noch in Feindeshand geblieben waren.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Von neuem versuchten die Franzosen bei Einbruch der Dunkelheit, die ihnen kürzlich entrissenen Gräben nordwestlich des Schloßes zurückzugewinnen; ihr zweimaliger Anlauf wurde zurückgeschlagen.

In der Champagne drang der Feind gestern morgen nach Barlem Feuer in einen vorspringenden Teil unserer Stellung südwestlich des Hochberges. Ein abends unternommener Vorstoß zur Erweiterung seines Besitzes schlug verlustreich fehl.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nichts Neues.

keine Freiheit. Welche Schlüsse müssen die Russen aus dieser Haltung und aus diesem Attentat unserer Regierung gegen die Freiheit ziehen? Durch das Vorgehen der französischen Regierung erhalte die These, daß in bezug auf das kapitalistische Regime alle Regierungen einander gleich seien, einen Anschein von Wahrheit. (Wirklich nur einen Anschein? Weh, des „Vorwärts“.)

Australische Arbeiter für eine Friedenskonferenz.

Wie der „New York Herald“ (Paris) vom 18. Juni meldet, hat die australische Arbeiterkonferenz in Sydney einen Beschluß angenommen, wonach die Abhaltung einer internationalen Friedenskonferenz verlangt wird, auf welcher alle Arbeiter vertreten sein sollen, mit gesondeter Vertretung für Irland und die sich selbst verwaltenden britischen Kolonien.

Ausländische Pressstimmen zur Denkschrift der Deutschen Sozialdemokratie.

In einem der Friedensfrage gewidmeten Leitartikel beschäftigt sich der Kopenhagener „Sozialdemokraten“ eingehend mit der Antwort der deutschen Delegation auf die vom holländisch-schweizerischen Komitee gestellten Fragen. „Sozialdemokraten“ führt aus, daß durch diese Denkschrift der deutschen Sozialdemokratie sich diese große und einflussreiche Partei erneut auf einen Frieden ohne Annexionen festgelegt hat. In Frankreich sei ein ungeheurer Mißbrauch mit dem Worte „imperialistisch“ getrieben worden. Weil das Wort in der französischen Sprache auch kaiserlich bedeutet, hat man es auf die deutsche Sozialdemokratie angewendet, um sie zu einer Partei des Kaisers zu stempeln. Man hat dieses Spiel fortgesetzt, obwohl die deutsche Sozialdemokratie vom ersten Kriegstage an alle imperialistischen Pläne, Annexionen und Weltherrenhaft von sich gewiesen hat und obwohl sie recht unabhängig von der Regierung und dem Kaiser dachte, während sowohl die französischen wie die englischen Sozialisten Vertreter in den Regierungen haben, die eine offenbar imperialistische Politik treiben.

Rotterdam, 18. Juni. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London. „Daily News“ schreibt über die Erklärung der deutschen sozialdemokratischen Mehrheit, daß sie keine besonders ermutigenden Aussichten für eine Verständigung der Kriegführenden Völker eröffne. Aus ihr spreche mehr das Verlangen, die deutschen Interessen zu schützen, als der Wunsch, die großen Grundsätze von Nationalität, Gerechtigkeit und Freiheit festzusetzen. Was die praktische Anwendung dieser Grundsätze betreffe, so sei die Erklärung ein unmögliches Dokument.

„Manchester Guardian“ schreibt, die Erklärung der deutschen Sozialdemokratie sei keine Verteidigung des Friedens, sondern eine kräftige Propaganda. Die Alliierten müßten jeden Zweifel darüber beseitigen, daß sie von diesem Kriege nichts verlangen, was nicht zum Besten der Menschheit sei.

Die innere Krise Rußlands.

Petersburg, 18. Juni. Anarchisten haben sich in den Besitz der Geschäftsräume des republikanischen Blattes „Rukaja Wolja“ und seiner Druckerei gesetzt.

Rotterdam, 19. Juni. Der „N. A. G.“ erfährt aus London: Dem „Rukaja Wolja“ zufolge berichtet der russische Minister des Innern über die Verminderung der Staatseinnahmen seit Ausbruch des Krieges: Die Wiedereinnahmen an Steuern sind am stärksten in Sibirien. Im Gouvernement Tomsk beträgt die Einnahme nur 49 Proz. der Einnahme im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die „Sibirskaja Gijst“ meldet, daß das Volkskomitee in Tomsk die Errichtung der unabhängigen Selbstverwaltung im ganzen Gouvernement beschlossen habe, der auch die Verfügung über die bewaffnete Macht zustehen werde. Das Komitee hat erklärt, sich fortan nur der konstituierenden Versammlung und deren Organen unterwerfen zu wollen.

Die Behandlung der russischen Gefangenen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ geht auf eine Reihe schwerer Vorwürfe ein, die in der zulezt hierher gelangten russischen Presse über die Behandlung russischer Gefangener in Deutschland erhoben werden. Diese Vorwürfe enthalten z. B. folgende Punkte: Ungezügelter Heranziehen zur Pflichtarbeit, übermäßig anstrengende Beschäftigung, schlechte Ernährung bis zur Auszehrung unter dem Zwange, sich aus der Wühlgrube zu verköstigen, unmenschliche Behandlung, systematische Grausamkeiten, Körperkrafte, Aulen, Handhaken, Hegen mit Hunden, Aufhängen, Kreuzigen, Untertauchen in kaltem Wasser, Erschießen usw. Der vierte Teil des Gesamtbestandes der 2 Millionen russischer Gefangener in Deutschland sei so bereits vom Leben zum Tode verdoert.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ stellt dem gegenüber fest, daß es sich hier um eine englische Lügenpropaganda handelt, mit dem durchsichtigen Beweggrund, die öffentliche Meinung in Rußland neu zu erregen. Jeder verständige Mensch könne solche haarsträubende Gerüchte nur mit Kopfschütteln und mit einem Lächeln zur Seite legen.

Dem östlichen Kriegsschauplatz und von der mazedonischen Front sind größere Kampfhandlungen nicht gemeldet. Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Abendbericht.

Amlich. Berlin, 19. Juni 1917, abends. Mehrfach auflebende Gefechtsstätigkeit in Flandern und in der West-Champagne. Sonst nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 19. Juni 1917. (W. T. Z.) Amlich wird verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Salepina-Abschnitt wiesen wir einen russischen Vorstoß ab. Sonst nichts von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden und im Sugano-Tal, zwischen Afiago und der Brenta, ist seit gestern früh eine neue heftige Artillerieschlacht im Gange. Dem Tsongo nicht Besondere zu meiden.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Chef des Generalstabes.

Rußland und die Eroberungsziele der Westmächte.

Zu den russischen bürgerlichen Vätern, die mit der vom Arbeiter- und Soldatenrat aufgestellten Friedensformel „ohne Annexionen und Entschädigungen“ keineswegs zufrieden sind, gehört „Rukaja Wolja“. Daß gewisse Kreise des russischen Bürgertums Eroberungspläne noch nicht gänzlich aufgegeben haben, ist nicht weiter auffällig. Sehr charakteristisch ist jedoch, daß das genannte Blatt die russische Arbeiterschaft für Eroberungsziele zu gewinnen sucht, indem es sie auf das Vorbild Englands und Frankreichs hinweist. „Rukaja Wolja“ schreibt:

Der Gang der Unterhandlungen mit den Verbandsgegnern muß all denen, die mit voller Aufrichtigkeit an die Wundermacht dieser Formel (ohne Annexionen und Kontributionen, Red.) glauben, eine bittere Enttäuschung sein. England und Frankreich beeilen sich, ihre Bemerkungen zur praktischen Durchführung dieser Prinzipien zu machen. Asquith, Ribot, Lord Robert Cecil sprechen von Elbisch-Vorbringen, vom befreiten Armenien, von der Loslösung Arabiens von der Türkei, ohne alle diese Punkte als „Annexionen“ gelten zu lassen. Nicht minder bestimmt äußern sie sich zu dem Grundsatze „ohne Kontributionen“. Sie wollen zwar den Mittelmächten keine Kontributionen auferlegen, aber die Begleichung der Schäden, die Belgien, Serbien, die Türkei und Polen erlitten haben, scheint ihnen den Ideen der Demokratie und der Gerechtigkeit zu entsprechen. Da sie verantwortlich sind für die Interessen und das Prestige der ihnen anvertrauten Länder, bestehen sie auf dem Recht, diese Prinzipien mit den Forderungen der Nationalchre und des Nationalvorteils zu vereinigen.

Unsere extreme Presse mag sich so viel sie will über den Imperialismus Lloyd Georges und Ribots ereifern. Tatsache bleibt Tatsache.

Danach ist man sich also in Rußland der Tatsache vollkommen gewiß, daß die westlichen Bundesgegnern durchaus nicht gesonnen sind, sich auf den Boden des Friedensvorschlages der russischen Republik zu stellen.

Die Gefechtslage in West und Ost.

Berlin, 19. Juni. An der flandrischen Front blieb das Artilleriefeuer mächtig stark. Nur auf einzelnen Teilen der Westschattenseite lag es schwächer, vereinzelt schwächeres Artilleriefeuer. Die deutsche Artillerie setzte die Bekämpfung der englischen Batterien mit bestem Erfolge fort. Fernfeuer schwerer Flachbahngeschütze hörte überall den feindlichen Vorstoß, auch nachts über.

An der Arras-Front hielten verschiedentlich deutsche Patrouillen Gefangene aus den englischen Gräben. So eine Patrouille östlich Croixelles allein 17 Mann.

In der Gegend von St. Quentin kam es zu Patrouillenzusammenstößen.

An der Aisne-Front unternahmen die Franzosen wiederum zwei vergebliche verlustreiche Angriffe zur Wiedereroberung der nordwestlich der Gurtedise-Ferme verlorenen Bergnase. Am Hochberg blieb es bei dem geringen, im Heeresbericht gemeldeten französischen Teilerfolge. Ein um 10 Uhr abends verlorener starker Angriff zur Ausweitung der kleinen errungenen Erfolge schlug verlustreich fehl.

Im Osten wurden als Vergeltung für russische Bombenabwürfe der Bahnhof Wolk, 10 Kilometer östlich Postawo sowie ein russisches Lager nordöstlich Postawo ausgiebig mit Bomben belegt.

Gegenüber der gegenwärtigen Ruhe auf allen Kriegsschauplätzen ist augenblicklich die bedeutendste „Front“ Thessalien. Wangel irgendwelcher Erfolge gegen die Mittelmächte, macht die Entente großes Aufsehen von dem siegreichen Vormarsch ihrer Truppen in diesem neutralen, unverteidigten und wehrlosen Lande.

Weiterer Rückzug der Engländer an der Struma.

Sofia, 18. Juni. Generalstabsbericht vom 18. Juni. Mazedonische Front. Zwischen dem Bardar und dem Dojransee versuchten englische Erkundungsabteilungen in der Nacht gegen unsere vorgeschobenen Posten bei der Ortschaft Kershteli vorzustoßen, wurden aber durch unser Feuer zurückgeschlagen. Am Fuße der Djelassija haben sich die vordersten Abteilungen der Engländer, die sich in einer Stellung längs des Butkovo-Flusses befanden, südlich vom Kamme des Kruscha-Gebirges zurückgezogen. An der unteren Struma haben wir in der Ebene zwischen Butkovo und Tachinos-See die Ortschaften Tschawdar, Mahle, Revolen, Jeniköj und Yeni Mahle besetzt. Die Engländer halten nur noch mit einigen Kompanien die Brückenköpfe an der Struma. An der übrigen Front schwaches Artilleriefeuer. Durch Artilleriefeuer brachten wir ein feindliches Flugzeug zum Absturz, das in der Struma-Niederung nördlich der Djelassija niederfiel.

Rumänische Front: Gewehrfeuer bei Rahmudia und Jacea, bei Tulcea schwaches Artilleriefeuer.

Die feindlichen Heeresberichte.

Fransösischer Heeresbericht vom 18. Juni abends. Bemerkenswerte Tätigkeit der Artillerie in der Gegend Laffaug—Bantbon und im Abschnitt Craonne—Chevrey. In der Champagne glückte uns heute früh ein Einzelunternehmen. Wir machten uns zu Herren eines deutschen Grabenstems, das einen Vorsprung in unsere Linien bildete, auf einer Front von ungefähr 500 Metern zwischen dem Berg Cornillet und dem Weigen Berge. Im Laufe des Unternehmens haben wir 40 Gefangene gemacht, darunter einen Offizier. Die Deutschen fahren mit der Beschießung von Reims fort, auf das heute 2000 Bomben geworfen wurden. Es wurde eine Person der Zivilbevölkerung getötet und drei verwundet.

Orientfront. Der englische Flugdienst besetzte den Bahnhof von Tumba, 12 Kilometer von Seres, und mehrere feindliche Munitionsniederlagen erfolgreich mit Bomben. Beschränkte Artillerietätigkeit. Die Truppenbewegungen vollziehen sich fortgesetzt ohne Schwierigkeit. Alle Gemeinden in der Gegend von Larissa und Solo haben sich freiwillig der benizelischen Regierung angeschlossen und neue Zivilbehörden eingesetzt.

Zu der in dem französischen Bericht gemeldeten angeblich schweren Beschießung von Reims erhalten wir bei Schluß des Status folgende Mitteilung:

Die Beschießung von Reims.

Berlin, 19. Juni 1917. Der französische Funkpruch vom 19. Juni, 1 Uhr 45 Min. vormittags, meldet, daß am 18. Juni 2000 Granaten auf Reims fielen. Nach den Schußlisten der deutschen Batterien sind jedoch an diesem Tage nicht mehr als 55 Granaten auf Reims gefeuert worden, und zwar auf in der Stadt bekannte Batterien. Vielleicht soll die französische Meldung in der neutralen Welt den schlechten Eindruck bewirken, welchen die unnütze und barbarische Zerstörung von St. Quentin gemacht hat. Der französische Funkdienst setzt sich übrigens selbst mit seiner Meldung von der schweren Beschießung in Widerspruch, da er nur einen Zivilisten als getötet und drei als verwundet angibt.

Warum Griechenland nicht Republik wurde.

Bern, 18. Juni. Der Pariser Berichterstatter des „Secolo“ teilt mit, daß die Enthronung Konstantins auf der Zusammenkunft in Savoyen beschlossen wurde. Die französischen Delegierten hätten sogar die Ausrufung der Republik verlangt, doch hätten die Vertreter eines anderen Landes sich dagegen erklärt, da ihnen der Gedanke, Benizelos als Präsident zu sehen, nicht behagte. Man wählte daher einen Mittelweg und beschloß einer Rückkehr Benizelos als Ministerpräsident nichts in den Weg zu legen. Man glaubt in Frankreich, daß die natürliche Folge der Enthronung Konstantins die Rückkehr Benizelos oder eines seiner Anhänger an die Spitze der Regierung sein werde.

Das „andere Land“, das Herrn Benizelos nicht wünschte, ist natürlich Italien, das fürchtet, an eine griechische Republik seinen albanisch-epirotischen Raub herausgeben zu müssen. Die Entente hat also ihr „Bestreben“ nur in der Weise durchgeführt, daß sie Griechenland von seiner Handelsflotte, seinen Eisenbahnen, seinen Kriegsschiffen, seiner Zufuhr und seiner Ernte befreite. Die politische Befreiung makte aus höheren Rücksichten ausgehen werden.

Politisches Leben in Polen.

Warschau, 18. Juni. Gestern fand hier laut „Kurjer Polski“ die konstituierende Versammlung des nationalen Zentrums unter Vorsitz des Fürsten Drucki-Lubecki statt, an der gegen 300 Personen teilnahmen. Es sprachen felix Wlonski, Jan Sabia, Professor Marian Grotowski, Fürst Lubeki, Graf Kantzier und andere. Professor Garlicki hob in seiner Rede hervor, daß das nationale Zentrum weder eine Partei noch ein Bund von Parteien sei, sondern eine Organisation mit folgenden Zielen: Konstitutionelle Monarchie auf demokratischer Grundlage, starke Regierung, starke Armee, fortgeschrittene Arbeit an der Verwirklichung des polnischen Staates, Bekämpfung anarchistischer Erscheinungen. Garlicki bezeichnete es als notwendig, die künftige Organisation des Zentrums, besonders in der Provinz, zu stärken. Behörden der Organisation sollen sein die Landbestattung als oberste Instanz, ferner der leitende Rat und der Exekutiv-ausschuß.

Das neue luxemburgische Ministerium.

Luxemburg, 18. Juni. Nachdem Universitätsprofessor Calmes die Berufung als Finanzminister nachträglich abgelehnt hatte, ist heute folgendes Ministerium zustande gekommen: Präsidentenschaft, Weveres, Finanzen und Kultus übernimmt der bisherige Generaldirektor der Finanzen Rauffmann; Justiz und Öffentlicher Unterricht der bisherige Generaldirektor des Innern Moutrier; Öffentliche Arbeiten der bisherige Generaldirektor dieses Departements Vefort; Ackerbau und Lebensmittelversorgung Pader. Ingenieur und Vizepräsident der Kammer; Inneres Handel und Industrie Kommissar Kohn.

Der Krieg auf den Meeren.

24 000 Tonnen im Atlantischen Ozean versenkt.

Berlin, 19. Juni. Neue U-Bootsfolge im Atlantischen Ozean. 24 000 Brutto-Register-Tonnen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich u. a. drei große bewaffnete englische Dampfer, von denen zwei durch Zerstörer gesichert waren, und der englische Dampfer Amor (3473 Tonnen) mit 5000 Tonnen Getreide.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Zwei englische Truppentransporte versenkt.

London, 19. Juni. (Reuter.) Amtlich wird mitgeteilt: Ein feindliches U-Bootboot hat am 2. Juni den britischen Truppentransporter Camerona (5861 t. R.-T.), der eine geringe Zahl Truppen an Bord hatte, im östlichen Mittelmeer versenkt. 52 Mann der Truppen und 11 Mann von der Besatzung, darunter der Kapitän, werden vermißt.

Madrid, 18. Juni. (Meldung des Vertreters des Wiener R. K. Telegr.-Korrespondenz.) „Imparcial“ zufolge hat ein U-Boot in der Nähe von Kap Spartel den englischen Truppentransporter A. G. 240 (8000 Tonnen) mit Truppen und Kriegsmaterial für Saloniki versenkt. Der Dampfer wurde von vier U-Bootjägern begleitet, von denen zwei gleichfalls untergegangen sind, zwei mit schweren Beschädigungen davontam. In der Nähe der Erdmündung sind die demontierten italienischen Dampfer Feit (5567 Br.-Reg.-T.) und Sirte (1988 Br.-Reg.-T.) mit 9000 Tonnen Benzin, Eisen und Kohle von New Orleans nach Genua unterwegs versenkt worden. Acht Seemellen von Guelva entfernt versenkte ein U-Boot den norwegischen Dampfer Simla (6800 T.) mit einer Kohlenladung von Liverpool nach Gibraltar. — In der Nähe von Alicante kam es zwischen einem U-Boot und einem Seileitig von 10 Dampfern zu einem heftigen Kampf. Nähere Einzelheiten fehlen.

Kleine Kriegsnachrichten.

England will der deutschen Rohstoffindustrie Konkurrenz machen. London, 18. Juni. (Reutermeldung.) Um die weitere Entwicklung der Rohstoffindustrie zu fördern, hat das Handelsamt beschlossen, zeitweilig ein besonderes Department für die einschlägigen Angelegenheiten zu errichten.

Vollstimmige Abstimmung über die Dienstpflicht. Ottawa, 17. Juni. (Reutermeldung.) Bei der zweiten Lesung der Dienstpflichtbill im Unterhause brachte der Führer der Opposition Sir Wilfrid Laurier einen Zusatzantrag ein, indem er eine Volksabstimmung über die Dienstpflicht verlangte.

Politische Uebersicht.

Konservatives Urteil über Konservative und Alideutsche.

Der erste Vorsitzende des deutsch-evangelischen Volksbundes, H. A. Vietor in Bremen, beschäftigt sich in einer Zuschrift an den konservativen „Reichsboten“ mit der Stellung der Konservativen zum Reichskanzler und führt dabei aus:

„Wir hatten neulich eine politische Sitzung vieler christlicher Männer. Als wir in der Debatte darüber sprachen, daß die Konservativen so wenig imstande wären, den christlichen Teil unseres Volkes zu begeistern, trat, glaube ich, ein politisch sehr erfahrener Herr ab und sprach die Frage auf den Kopf, als er sagte: „Die konservative Partei ist zu einer Interessenvertretung der Großgrundbesitzer geworden, und infolgedessen hat sie die Fühlung mit unserem Volk verloren.“

In ähnlicher Weise charakterisiert Herr Vietor die Alideutschen:

„Die Alideutschen, die komischerweise voraussetzen, daß unser Kaiser, Hindenburg und der Reichskanzler die Kerne verlieren könnten... gelten in der Volksempfindung außer einigen Idealisten doch als die Vertreter der Konservativen und der schweren Industrie.“

Und diese Herren, die aus ihren eigenen Kreisen so beurteilt werden, behaupten, das Volk stände hinter ihnen und wünschte in ihrem Sinne regiert zu werden!

„Reichstagsabgeordneter Schnoddermann“.

Zu dieser Kotiz senden uns einige Reichstagsstudenten, Schüler des Herrn Geheimrats Prof. Triepel, eine Zuschrift, die zeigt, daß den jungen Herren außer einer sehr sorgfältigen Vervollständigung ihrer juristischen Bildung auch noch eine erhebliche Blättung in Austreten und Sprache not tut. Wenn die Herren z. B. die Veröffentlichung der von ihrem Lehrer gestellten Aufgabe, die ja schließlich kein geheimes Aktenstück ist als die deutsche Note an Mexiko, als einen „unerhörten Vertrauensbruch“ bezeichnen, so wirkt die vorsehne Beurteilung eines ihnen gar nicht näher bekannten Tatbestandes kein besonders günstiges Licht auf die Qualifikation dieser Herren zu einem künftigen Richteramt. Zur Sache heißt es in der Zuschrift:

Was den Fall selbst anbetrifft, so sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß es allgemein üblich ist, in Beispielsfällen hervorhebende Namen zu wählen, z. B. der Hausknecht „Grob“, der Wast „Dalles“, Grundstücksbesitzer oder Börseaner „Schieber“. Das erleichtert dem Studenten die Uebersicht mehr, als wenn K. P. J. die Beteiligten wären und bringt in den Ernst der Arbeit eine erfrischende Lebendigkeit. Daß es jedoch die Schriftleitung des „Vorwärts“ wagt, eine Neuerung eines Gelehrten von der Bedeutung Geheimrat Triepels als „ungezogen und dumm“ zu bezeichnen, ist allerdings eine feisame und bezeichnende Art, einen bedeutenden aber unbequemen Mann abtun zu wollen.

Die Studierenden der Rechtswissenschaften:
gez. Johannes Kohns, August Reng, Georg Reng, Albert Eiber, Konrad Thierich, Gerhard Bauselam.

Wir können den jungen Herren aus langjähriger eigener Kenntnis der Verhältnisse an der Berliner Universität mitteilen, daß es zum mindesten vor der Berufung des Herrn Geheimrats Triepel dort nicht üblich war, juristische Aufgaben zu ausfällen gegen irgendwelche Bevölkerungsklassen, vor allen Dingen aber nicht gegen die Vertretung des gesamten deutschen Volkes zu benutzen. Daß aber gerade einem Lehrer und Studenten des Staatsrechts die plumpe Verächtlichmachung des Deutschen Reichstags als „erstickende Lebendigkeit“ erscheint, ist sehr bezeichnend dafür, wie sehr das Empfinden einer gewissen exklusiven Juristenlaste sich von dem des deutschen Volkes entfernt.

Die mecklenburgische Regierung ist befriedigt.

Drei Tage lang hat in Schwerin eine Vorbesprechung der Verfassungsreform für Mecklenburg stattgefunden. Eine größere Anzahl der Teilnehmer trat für ein allgemeines, aber abgestuftes und berufsständiges Wahlrecht ein, eine weitere Anzahl für ein direktes und geheimes Wahlrecht mit Pluralwahl und nur eine Minderzahl für eine Reform im Sinne des Reichstagswahlrechts. Rundweg abgelehnt wurde ein Proporzionalwahlrecht.

Am Schluß der Beratungen gab Staatsminister Dr. Langefeld eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse der Besprechung. Er schloß mit der Mitteilung, daß die Regierung beabsichtige, in nächster Zeit den Ständen auf Grund der Besprechungen eine neue Verfassungsvorlage zur Beratung zukommen zu lassen. Die Regierung könne mit voller Befriedigung auf die Ergebnisse der Besprechungen zurückblicken. Sie hätten eine Reihe von wichtigen Fragen aufgeklärt. Vor allem habe die Besprechung klar zum Ausdruck gebracht, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung der dringende Wunsch nach einer baldigen Regelung der Verfassungsfrage bestehe. Die Regierung werde nach Kräften diesem Wunsch entsprechen, bitte aber zu berücksichtigen, daß eine Verständigung mit den Ständen erreicht werden müsse und daß man bei einer solchen Verständigung nicht immer auf die Erreichung aller Wünsche rechnen könne.

Verfassungsreformen werden doch nicht gemacht, um die Regierung, sondern um das Volk zu befriedigen. Bei ihm wird die Bitte des Ministers um „Berücksichtigung“ hoffentlich taube Ohren finden. Stände und Zustände in Mecklenburg sind eben so, daß auf sie keine Rücksicht mehr genommen werden kann.

Reichskriegsblatt. Sodann ist das erste Heft eines neuen „Reichskriegsblatts“ herausgekommen, das sämtliche kriegsrechtlichen Vorschriften des Reichs und der Bundesstaaten seit 1. April d. J. enthält. Das Blatt wird fortan zweimal monatlich erscheinen.

Parteinachrichten.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Kreisverein Hamm-Sooch hielt am Sonntag seine Generalversammlung ab. Nach dem Jahresbericht hat der Verein noch 1899 Mitglieder (darunter 331 weibliche) gegen 2387 am 31. März 1914. Der Parteifreie hat im Kreise keine Bedeutung erlangt. Nur ein Mitglied ist der Partei dadurch verloren

gegangen. Im letzten Jahre ist die Versammlungstätigkeit wieder besser geworden und infolgedessen auch die Werbearbeit für Partei und Werke von gutem Erfolg gewesen. Ueber den Krieg und die politische Lage sprach Reichstagsabgeordneter R. König; die von ihm vorgelegten Entschlüsse zur Friedensfrage, Neuorientierung und Sicherung der Volksernährung wurden einstimmig angenommen. Dasselbe geschah nach einem Vortrage des Genossen Klupfch mit einer Entschlieung, in der erneut das Votum für Einigkeit und Geschlossenheit der Partei abgelegt wurde und allen parteischädigenden Bestrebungen eine Abgabe erteilt wird. Als Delegierter für den Parteitag wurde der Knappheitsälteste Wäcker gewählt. Schließlich wurden noch eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, um die Jugendbewegung im Kreise zu fördern, die schon ganz erfreuliche Anfänge aufweist.

Nachdem am 6. Mai in Halle der Kreisstag mit 116 gegen 18 Stimmen den Uebertritt zu den Unabhängigen beschlossen hatte, erklärte Genosse G. Saabe als Vertreter unserer Partei sofort, daß er und seine Freunde die Geschäfte des Sozialdemokratischen Vereins fortführen würden. Noch am gleichen Tage traten etwa 30 Parteigenossen zusammen und wählten eine provisorische Leitung. Nach fleißiger Arbeit war binnen wenigen Wochen die Distriktsorganisation wieder hergestellt und seit 1. Juni konnte als Parteiorgan die „Halle'sche Volkstribüne“ täglich erscheinen. Das Blatt wird in Magdeburg gedruckt und teilt seinen politischen Inhalt mit dem dortigen Parteiorgan. Trotz aller natürlichen und künstlichen Schwierigkeiten war dem Blatte von Anfang an ein fester Stamm von Abnehmern gesichert und mit hochangesehener Ruhe kann seiner weiteren Entwicklung entgegengeesehen werden.

Auch die politische Organisation schritt so rüstig weiter, daß bereits am 16. Juni der Kreisstag unserer Partei für Halle und den Saalkreis abgehalten werden konnte. Alle Distrikte waren vertreten. Die provisorische Leitung erstattete Bericht über ihre Tätigkeit und die Presse. Mit den getroffenen Maßnahmen war der Kreisstag einverstanden. Bei der Vorstandswahl wurden einstimmig gewählt die Genossen A. D. Thiele zum Vorsitzenden, Kleis zum Stellvertreter und Schriftführer, W. Heine zum Kassierer. Auch die Preiskommission, der Bezirksvorstand und die anderen im Statut vorgegebenen Ausschüsse wurden besetzt. Ein lange entbehrter Jugendschlager Hingabe, die sich der Schwere ihrer Aufgaben bewußt ist, machte sich bemerkbar. Als Redakteur der „Volksstimme“ tritt Genosse Wendemuth, zuletzt in Chemnitz, seine Stellung nunmehr an. Delegiert zum Parteitag wurde, nachdem zwei in der Kreisversammlung beschäftigte Arbeiter abgelehnt hatten, die sie jetzt nicht auf längeren Urlaub rechnen dürften, Genosse G. Saabe.

Die Unabhängigen hatten von einem „ohnmächtigen Häuflein“ geredet, das den Uebertritt nicht mitmache. Sie werden bald genug erfahren, wie falsch sie auch in diesem Falle die Lage beurteilt und die Kräfteverteilung eingeschätzt haben.

Industrie und Handel.

Die französische Handelsflotte und der U-Bootskrieg.

Des öfteren sind in letzter Zeit von deutschen U-Booten große französische Handelsdampfer versenkt worden. Noch am 18. Juni dieses Jahres wurde die Versenkung eines französischen Handelsdampfers von 6000 Tonnen gemeldet. Die aufgeregten Verhandlungen der französischen Kammer über die Wirkung des U-Bootskrieges zeigen deutlich, daß man sich in Frankreich in größter Sorge um den Bestand der Handelsflotte befindet. Die Entwidlung dieser Flotte stand in neuerer Zeit keineswegs im Einklang mit der französischen Kolonialpolitik, die sich ja auch in anderer Hinsicht ungünstig von der Kolonialpolitik Europas unterscheidet. Im Jahre 1913 hatte die französische Handelsflotte insgesamt ungefähr 1 Million Netto-Register-Tonnen an Dampferraum und rund 407 000 Netto-Register-Tonnen an Segleraum erreicht. Vorübergehend hatte die französische Regierung versucht, durch große Unternehmungen den Ausbau der Seglerflotte zu beschleunigen. Es hatte sich jedoch gezeigt, daß dieses Vorhaben den Ansprüchen des modernen Seeverkehrs nicht entsprach, denn es trug nur geringe Früchte. Anders war es mit dem Ausbau der Dampferflotte, der infolge einer ziemlich weitgehenden staatlichen Unterstützung schneller vor sich ging. So waren für das Jahr 1913 vom französischen Postministerium über 32 Millionen Frank an Unternehmungen hauptsächlich für die Dampferflotte ausgesetzt. Das meiste davon für den Verkehr zwischen Frankreich und Ostasien, Australien, Ostafrika und der Levante. Auch der Verkehr von Frankreich nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika und nach Zentralamerika wurde von der Regierung mit erheblichen Mitteln unterstützt. Dennoch kam die französische Handelsflotte und insbesondere die Dampferflotte nicht über einen bescheidenen Stand hinaus, der keineswegs den überseeischen Erfordernissen des Landes entsprach. Abgesehen von der Zahl der Schiffe war ihr Zustand durchaus zu bemängeln. Einige Zeit vor dem Kriege kam es in einer Kammer Sitzung zu einem öffentlichen Skandal, weil ein alter Kasten, der Jahrzehnte hindurch den Verkehr zwischen Frankreich und Algier bejogt hatte, wegen Unbrauchbarkeit untergegangen war. Als der Krieg ausbrach, stand die französische Handelsflotte vor gemaltigen Aufgaben, die sie unter den obwaltenden Umständen natürlich nur zu einem kleinen Teile erfüllen konnte. Frankreich wurde so immer mehr von der englischen Handelsflotte und von der Handelsflotte der Vereinigten Staaten abhängig. Das änderte sich jedoch mit dem Beginn des verheerenden U-Bootskrieges, der Englands Prochtrum von Tag zu Tag erheblich verminderte und Frankreich mehr und mehr auf seine eigene Handelsflotte anwies. Es traten nur die früher begangenen schweren Fehler, gegen die das Marineministerium vergeblich losgegangen war, deutlich hervor.

Letzte Nachrichten.

Amerikanische Ausfuhrsperrre gegen die Neutralen.

New York, 18. Juni. (Reutermeldung.) Der Washingtoner Berichterstatter der Associated Press teilt mit, daß vom Staatsdepartement und dem Handelsdepartement Pläne zur Beauffichtigung der Ausfuhr ausgearbeitet und Wilson vorgelegt worden sind. Es soll ein Ausfuhrkontrollamt errichtet werden, dem Vertreter des Staatsdepartements, der Kriegsmarine und des Handelsdepartements, ferner der Lebensmittelverwaltung und anderer vom Staatssekretär und dem Sekretär für den Handel anzuweisenden Körperschaften angehören werden. Es heißt, daß zuerst die Kohlenausfuhr und dann die Weizenausfuhr geregelt werden wird. Es werden keine Kohlen nach neutralen Ländern ausgeführt werden dürfen, wenn diese nicht Ergänzungen Großbritanniens liefern.

Die Anebelung Griechenlands.

Amsterdam, 19. Juni. Einem hiesigen Blatte zufolge meldet der englische Berichterstatter Ward Price aus Larissa, unter den dort Verhafteten befindet sich der naturalisierte Grieche Schliemann. Die griechischen Offiziere, die sich in den Kasernen ergaben, wurden unter militärischem Geleit nach Saloniki gebracht. Die Obersten Griwas und France, die nach vorherigen Unterhandlungen an den Kämpfen teilnahmen, kommen vor ein Kriegsgericht.

Feuer auf einem italienischen Lagerplatz.

Bern, 19. Juni. Die „Corriere della Sera“ aus Genua meldet, brach gestern auf einem Lagerplatz Feuer aus, das sich rasch auf weitere fünf Lagerplätze ausbreitete. Der Schaden ist sehr groß und erhebliche Mengen von Gummi, Fetten und Holz sind zerstört.

Gewerkschaftsbewegung

Deutsches Reich.

Lohnunterschiede in der Binnenschifffahrt.

Seit Monaten fordern die Schiffsmannschaften der Elbe, der Oder und der märkischen Wasserstraßen einen Mindestlohn von 180 M. für Bootleute und 180 M. für Steuerleute monatlich. Gegenwärtig beträgt der Lohn für Bootleute der Elbe 135 M. und für die der Oder und den märkischen Wasserstraßen 120 bis 127 M. Nur die Privatdifferenz zahlen höhere Löhne.

Dieser Lohn reicht kaum zum persönlichen Bedarf der Mannschaften aus, ihren Familien irgendwelche Zuzuschüsse zu machen, sind sie nicht in der Lage.

Der Arbeitgeberverband für Binnenschifffahrt hat jede Lohn-erhöhung abgelehnt. Nunmehr haben die Mannschaften ihre Organisation, den Transportarbeiterverband, beauftragt, den Schiff-fahrtsgesellschaften mitzuteilen, daß sie nur noch bis zum 1. Juli zu den bisherigen Löhnen arbeiten. Dem Kriegsausschuß ist von der Sachlage ebenfalls Mitteilung gemacht mit dem Ersuchen, seinen Einfluß geltend zu machen, um ernste Differenzen zu verhüten. Diefem Ersuchen ist stattgegeben, es sollen beschleunigte Ermitt-lungen über die Lohnverhältnisse angestellt werden, was vier Wochen in Anspruch nehmen dürfte. Die Vertrauensleute der Schiffsmannschaften haben deshalb beschlossen, diese Ermittlungen abzuwarten.

Neue Teuerungszulage im Malergewerbe.

Bei Ablauf des Reichsstarbvertrages im Malergewerbe im Fe-bruar vorigen Jahres wurde unter Mitwirkung des Reichsausschusses des Innern eine allgemeine Teuerungszulage von 5 und 6 Pf. für die Stunde festgesetzt. Diese Vereinbarung sollte bis 15. Februar 1918 gelten, wenn nicht bis Ende 1918 zwischen Deutschland und den mit diesem im Kriege befindlichen europäischen Großmächten Frieden geschlossen sei. Die fortschreitende Teuerung bestimmte indes den Vorstand des Verbandes der Maler, im Februar dieses Jahres beim Reichsausschuß des Innern um Verhandlungen über eine nochmalige Teuerungszulage nachzusuchen. Der Unternehmerverband erklärte sich hierauf auch bereit, im Sinne der erhobenen Forderung zu wirken, verlangte jedoch, daß die Entscheidung über die Höhe der diesjährigen Zulage seinen Ortsgruppen im einzelnen überlassen werde. Dem wurde vom Vorstand der Gehilfenorganisation mit dem Vorbehalt zugestimmt, daß nach erfolgter örtlicher Beschluß-fassung erwohnen werden müsse, ob die etwa dann festzustellenden großen Unterschiede der Zulage an sonst gleichartigen Orten oder gar ein abweichendes Verhalten der Unternehmer einzelner Städte ein zentrales Eingreifen zur Ausfüllung bestehender Lücken oder zur Ausgleichung größerer Unterschiede notwendig machten.

Die örtlichen Verhältnisse sind nun in der Tat recht verschieden ausgefallen. Es wurden in einer größeren Anzahl Städte 5 Pf. bis zu 21 Pf. Zulagen für die Stunde festgesetzt. Darum wandte sich der Vorstand des Malerverbandes Anfang Mai wiederum an das Reichsausschuß des Innern, um die Angelegenheit im Sinne des feinerzeit gemachten Vorbehalts zu regeln. Es kam hierauf am 16. Mai unter Vorsitz des Herrn Ministerialdirektor Dr. Caspar zu allgemeinen Verhandlungen, und zwar auf der Grundlage eines von der Gehilfenvertretung eingereichten Vorschlages, noch dem die diesjährige Zulage allgemein mindestens 10 Pfennige für die Stunde und in Großstädten und Städten mit Kriegsindustrie und teueren Lebensverhält-nissen entsprechend mehr betragen sollte. Nach sachgemäßer Begründung dieser Ansprüche erkannten auch die Unternehmervertreter deren Berechtigung an. Sie äußerten nur Zweifel, ob sie überall die ihnen erwachsende Belastung tragen könnten, worauf unter anderem entgegnet wurde, daß die ganz bedeutende Verteuerung der Materialien doch auch getragen bzw. in die Preise für die Arbeiter eingerechnet würde.

Hierauf wurde vereinbart, daß das Reichsausschuß des Innern das Reichsausschuß der Verhandlungen den Gau- bzw. Bezirksleitungen der beiderseitigen Organisationen übermitteln und sie zur Erledigung der Vereinbarung auffordern soll. Das ist nunmehr geschehen, vor allem durch ein vom Ministerialdirektor Dr. Caspar an die Gau-vorstände des Unternehmerverbandes gerichtetes Schreiben, das in seinem wesentlichen Teile wie folgt lautet:

Bei der am 16. Mai im Reichsausschuß des Innern stattge-fundenen Besprechung erkannten die Vertreter des Hauptver-bandes der Arbeitgeber die Ausführungen der Gehilfenverbände in allen wesentlichen Punkten als zutreffend an. Alle Ver-sammelten waren darüber einig, daß die neue Teuerungszulage, die neben der vom 25. Januar 1916 vereinbarten ersten Teuerungszulage zu zahlen ist, mindestens 10 Pf. für die Ar-beitsstunden betragen müsse. Diese Mindestgrenze soll nach An-sicht der Versammlung möglichst bald, spätestens bis zum 15. Juni 1917, durch freie Verständigung zwischen den Gewerkschaften des Hauptverbandes deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe und den Bezirksleitungen des Verbandes der

Maler und Deutschlands festgelegt werden. Schließlich waren die Versammelten darüber einig, daß in Großstädten und in Städten mit ausgedehnter Kriegsindustrie oder mit schwierigen Lebensverhältnissen über der Mindestbetrag der Teuerungszu-lage so weit hinausgegangen werden müsse, als die örtlichen Verhältnisse irgend zuließen.

Auch ich kann mich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und im Hinblick auf die in anderen Gewerkschaften bewilligten Teue-rungszulagen auch im Malergewerbe die Gewährung einer neuen erheblicheren Zulage dringend geboten erscheint. . . und empfehle der Gauleitung, möglichst bald Verhandlungen mit der Gehilfenschaft einzuleiten und sich mit ihr über die Festsetzung eines Mindestsatzes von 10 Pf. für die Arbeitsstunden als neue Teuerungszulage zu einigen, außerdem aber zu prüfen, ob nicht an einzelnen Orten besondere Verhältnisse die Bewilligung einer höheren Teuerungszulage geboten erscheinen lassen.

Es wird dann weiter mitgeteilt, daß die in Betracht kommen-den Bundesregierungen gebeten worden sind, die erforderliche Ver-ständigung durch Beauftragung bestimmter unparteiischer Personen zu fördern. In gleichem Sinne sind auch die Bezirksleitungen der Gehilfenverbände beschieden worden. Und in einem Schreiben an die Zentralvorstände der beiderseitigen Organisationen heißt es: „Ich bin bereit, mich bei den zuständigen Bundesregierungen dafür zu verwenden, daß, soweit es sich um bereits vor Vereinar-bung der Teuerungszulagen vergebene Aufträge des Reichs, der Bundesstaaten und der Kommunalverwaltungen handelt, den Ge-suchen der Unternehmer um Rückzahlung der von ihnen gezahlten Zulagen möglichst weitgehendes Wohlwollen erwiesen wird. Da-gegen kann ich eine bedingungslose Rückvergütung der Teuerungszulage aus öffentlichen Mitteln nicht in Aussicht stellen.“

Wie wir hören, sind die erforderlichen Verhandlungen bereits in allen Bezirken eingeleitet worden, so daß, wie es scheint, mit einer korrekten Erledigung der von den Organisationen im Maler-gewerbe beschlossenen diesjährigen Teuerungszulage gerechnet werden darf.

Soziales.

Ein Trau-„Vizepräsident“?

In der letzten Zeit ging eine Notiz durch die Presse über die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, in der auf die Unzweck-mäßigkeit der Schaffung eines „Vizepräsidenten“ dieser Behörde gerade im jetzigen Augenblick hingewiesen wird, wo die Ab-schaffung der gesamten Angestelltenversicherung als Sonder-versicherung in Frage steht, und in der zugleich die Unrichtigkeit gewisser gleichzeitig erschienener amtlicher Auslassungen über die Stellung der Reichsversicherungsanstalt dargelegt wird.

Wäre die Schaffung der neuen Stelle eines „Vizepräsidenten“ nur auf den Verdrängungsdrang des Reichsausschusses des Innern zurück-zuführen, so würde sich eine weitere Auseinandersetzung darüber kaum lohnen; man könnte höchstens darüber staunen, daß eine so viel beschäftigte Behörde zu derartigen „Staatsakten“ Mühe findet. Die Schaffung der Stelle soll aber, wie nur den Angehörigen be-sannt ist, mehr bedeuten, sie soll nämlich sagen, daß das Reichs-ausschuß des Innern über die Frage der Verschmelzung von Arbeiter- und Angestelltenversicherung end-gültig den Stab gebrochen hat.

Bekanntlich ist die Frage einer solchen Verschmelzung gerade in den letzten Wochen brennend geworden. Die besten Kenner der deutschen Sozialversicherung in Wissenschaft und Praxis haben sich mit Gründen dafür ausgesprochen, deren Widerlegung nicht einmal versucht worden ist. Ueber die wahren Gründe unsachlicher Art, die überhaupt zur Schaffung der Angestelltenversicherung als Sonder-organisation geführt haben, und die nunmehr die Weiterbestehen dieser völlig mifflückten Einrichtung einzelnen Personen erwünscht er-scheinen lassen, wird man vorläufig besser schweigen. Doch ist es mindestens naiv zu glauben, daß durch derartige formelle Mittel wie die Schaffung der Stelle eines „Vizepräsidenten“, zu der übrigens jede gezielte Grundlage fehlt, über die Frage der künftigen Organi-sation unserer gesamten Sozialversicherung entschieden werden könnte. Das wird vielmehr im Rahmen der gesamten Neuorientierung Aufgabe des Deutschen Reichstages sein. Uebrigens wird der „Vizepräsident“ nur dem Gerücht Nahrung geben, das schon umging, als das Versicherungs-gesetz für Angestellte geschaffen wurde. Es hieß damals schon, es sei als der besondere Ver-waltungs- und Rechtsprechungsapparat geschaffen wurde, dem Reichs-ausschuß des Innern darum zu tun gewesen, einige Beamte gut zu ver-sorgen.

Ein Unfall bei „anderen Diensten“.

Ein Lehrling in einer größeren Fabrik in R. verunglückte im September 1914 dadurch, daß sie in den Betriebsräumen ihrer Arbeitgeberin infolge Ausgleitens in den geöffneten nicht genügend vermaurten Fabrikschacht abstürzte. Sie war in dem fraglichen

Augenblick gerade dabei beschäftigt, das einer beim gleichen Arbeit-geber beschäftigten Buchhalterin gehörige Fahrrad zu reinigen. Das junge Mädchen erlitt einen Schädelbruch und einen Bruch des linken Armes. Der bei der Berufsgenossenschaft erhobene Rentenanspruch wurde abgelehnt mit der Begründung, daß Lehr-mädchen als kaufmännische Angestellte nicht versichert seien. Das dann in Anspruch genommene Oberversicherungsamt wies die Ver-sicherung zurück mit dem Einwand, daß die Verlesie nicht auf Grund ihres Arbeitsverhältnisses zu der fraglichen Dienstleistung heran-gezogen wurde und daher kein Anspruch auf Unfallrente gegeben sei. Die Verlesie sei zwar bis zum Tage der Robilmachung vor-wiegend mit kaufmännischen Arbeiten beschäftigt gewesen, seit dieser Zeit jedoch häufig zu Arbeiten im Lager der arbeitgebenden Firma herangezogen worden, sie sei also ständig mit Lagerarbeiten neben ihren Kontorarbeiten beschäftigt worden. Sie habe im Lager Flaschen zu tragen und zu reinigen, und zwar an dem über-wiegenden Teile des Vormittags, nachmittags hatte die Verlesie teils im Kantor, teils im Lager zu tun. Insbesondere hatte sie jeden Nachmittags Pakete, Kisten und Flaschen bei der Post ab-zugeben.

Auf Grund dieser Tatsachen hat das Reichsversicherungsamt die Berufsgenossenschaft zur Entschädigung beurteilt. Es war der Meinung, daß die Klägerin seit Beginn der Robilmachung über-wiegend versicherungspflichtige Arbeiten verrichtet habe, und sie demgemäß zu den versicherten Personen zu rechnen sei. Wenn nun auch die Tätigkeit des Reinigens des der Buchhalterin ge-hörigen Fahrrades an und für sich nicht zu den Tätigkeiten zu rechnen sei, die im Interesse des Betriebes der Arbeitgeberin lägen, vielmehr im eigenwirtschaftlichen Interesse der Buchhalterin ge-schehen sei, so sei sie doch bei dieser Arbeit auch nach der Vorschrift des § 546 der Reichsversicherungsordnung beschäftigt gewesen, da sich nach dieser Bestimmung der Schutz der Versicherung auch auf „häusliche und andere Dienste“, zu denen Versicherte von den Be-auftragten des Unternehmers herangezogen werden, erstrecke.

Aus aller Welt.

Raubmord bei Prenzlaw.

Schweres Leid hat die Witwe Kirchner in Eberswalde betroffen. Nachdem 1914 ihr Mann und der älteste Sohn den Helidentod fanden, hat sie jetzt auch ihren jüngsten Sohn durch Mordhand verloren. Der Junge war in Schenkenberg bei Prenz-lau in der Lehre, von wo er sich am Sonntag stets nach Hauke begab. Er mußte einen Landweg benutzen, ehe er die Prenzlawer Kleinbahn erreichte. Auch am 9. Juni nahm er diesen Weg, von einem Mitleidling begleitet. Kurz vor Eintreffen auf der Kleinbahn bei Willenhof verabredete der Junge seinen Begleiter, um die restliche Strecke des Weges allein zu gehen. Vor der Kleinbahn mußte er noch an einem Felde vorüber. Offenbar ist er hier über-fallen, ins Feld geschleppt, mit einem scharfen Instrument tödlich verletzt und beraubt worden. Es fehlte die Geldbörse, die Uhr und ein Käßchen mit Lebensmitteln, während ein größerer Koffer, in dem sich Kleidungsstücke befanden, unweit der Leiche lag. Von dem Täter fehlt bisher jede Spur.

Die Explosion am Steinfeld.

Wien, 18. Juni. (Nachung des Wiener L. f. telegr. Korr.-Bureaus.) Entgegen den in Wien verbreiteten Gerüchten, wonach bei der Explosion am Steinfeld eine große Anzahl von Menschen zugrunde gegangen sind und zahlreiche Gebäude zerstört worden seien, muß nochmals mit höchstem Nachdruck betont werden, daß die Explosion sich in keiner Fabrik ereignete, was allein schon eine große Anzahl Toter auslöscht. Bei den einzelstehenden Lager-häusern im näheren Umkreis waren bloß die zur Bewachung not-wendigen Posten einer Gefahr ausgesetzt. Unter den sechs Toten befinden sich drei Leute tiefer Waage, während von den übrigen drei in etwas entfernter liegenden Barackenlagern bei Siegersdorf zwei Soldaten durch abstürzendes Mauerwerk und den Aufbruch und der dritte durch ein weit wegfliegendes Geschloß getötet wurden. Die Verletzungen sind größtenteils auf herumfliegende Mauerstücke und Glassplitter zurückzuführen. Die Anzahl der durch die Explosion zerstörten Wäulen beträgt drei, davon zwei Pulver-lager und ein Handgranatenlager. Bei einer Anzahl Baumstämme wurden die Dächer durch den Aufbruch der Explosion teilweise zerstört. Ein kleineres höltenartiges Gebäude nächst dem Hand-granatenlager wurde, um eine unnötige Gefährdung von Menschen-leben zu vermeiden, preisgegeben und verbrannt.

Soweit die Erhebungen schließen lassen, sind keinerlei An-haltspunkte für einen verbrecherischen Anschlag gegeben. Die Ur-sache dürfte wahrscheinlich Selbstzersehung des Inhalts erbeuteter Handgranaten infolge der lang andauernden Hitzeperiode sein.

Verantwortlich für Inhalt: Erich Sattler, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Kaufmann; für Inserate: Dr. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt, Berlin, Unter den Eichen 11.

Deutsches Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Max Pallenberg
in **Famille Schimek.**
Kammerspiele.
Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Die Tänzerin
(mit Leopoldine Konstantin).
Volksbühne. Theat. a. Bülowplatz.
Untergrund, Schönhauser Tor.
Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Die Königin der Luft.
Lessing-Theater.
Heute u. folg. Tage 7 1/2 Uhr:
Marie Ottmann u. Hans Wasmann in
Niobe. Oper v. O. Stumenthal.
Musik v. Ost. Straus.
Dir. C. Meinhard — R. Bernauer.
Theater i. d. Königgrätzer Str.
8 Uhr: **Schnitzler-Abend.**
Komödienhaus
8 1/2 Uhr: **Wie fessle ich meinen Mann?**
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: **Die tolle Komteß.**

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Tirol
einst und jetzt.
Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: **Der Mann seiner Frau.**
8, 9, 10 Uhr:
Gartenstr.: Berlin wie es liebt u. haßt.
Spolito
FRIEDRICHSTR. AN DER KOOISER-
ALLEE 111/112, 7 1/2 Uhr:
Das vielseitige
Varieté-Programm!
Die Kasse ist ab 10 Uhr geöffnet

Als deutscher Maurer durch das Morgenland
Erlebnisse und Abenteuer von
Freiherr Ulrich
Zwei Bände
Zu beziehen durch
Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68
Lindenstraße 3



Zirkus A. Schumann
Bahnh. Friedrichstr. Anf. 8 U.
Rauchen gestattet.
Kühler Aufenthalt.
Das Zirkus-Varieté-Programm.
U. a.:
Bayerische Alpen-Spiele
Die 3 Grazien am Draht.
Peppos kom. Dressur-Akt.
Halali Parforce-
Schnitzel-
Jagd.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr: **Zigeuner.**
Gartenbühne-Vorstellung.
Reichshallen-Theater.
Steitiner Sänger.
„Cabaret Feldgrün“.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Für Militär-
personen an
den Wochentagen
vollkomm. freier
Zutritt zu den
Steitiner Sängern!

Theater für Mittwoch, den 20. Juni.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Jugend.**
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**
Gebr. Herrfeld-Theater.
7 1/2 U.: **Das Pensionsschwein.**
Kleines Theater
7 1/2 U.: **Hans im Schnakenloch.**
Komische Oper
8 Uhr: **Die Dose Sr. Majestät.**
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: **Die blonden Mädels vom Lindenhof.**
Neues Operettenhaus
Schiffbd. 4a. Kassentel. Nord. 281
7 1/2 U.: **Der Soldat der Marie.**

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: **Die Czardasfürstin.**
Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: **Der Leibgardist.**
Schiller-Theater O
7 1/2 Uhr: **Hinter Mauern.**
Schiller-Th. Charlottenb.
7 1/2 Uhr: **Der Bibliothekar.**
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: **Sonnwendzauber.**
Theater am Nollendorpl.
7 1/2 U.: **Die Gulaschkonone.**
Theater des Westens
7 1/2 U.: **Stolze Thea.**
Trianon-Theater
7 1/2 Uhr: **Der Star.**

NATIONAL-THEATER.
Röpenicker Str. 68 7 1/2 Uhr
Zum 181. Male!
Was junge Mädchen träumen
Stürmischer Erfolg!
Es emp. 8 Pf. Billekte im voraus z. bef.
Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Täglich große Extravorstellung.
Pieper und Sperling
Erfolgreichste
Spezialitäten-Programm.
Anf. Sonntag 4. wochent. 7 1/2 Uhr.

Berliner Prater-Theater
Rastaniennallee 7-9.
Heute:
Alfa — famos!
Große Ausstattungs-Operettenposse
in 3 Akten mit Gesang und Tanz.
Vorher das große Variétéprogramm.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Palast
Theater am Zoo
Tgl. 7 1/2. Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2.
Triumph der Schönheit
und das große, neue
Variété-Programm.
Angenehm kühler Aufenthalt.

Admirals-Palast.
Abrakadabra
großes phantastisches Ballett
auf dem Eis.
Angenehm kühler Aufenthalt
7 1/2 Uhr. Vorzügl. Küche.
Spezialarzt
Dr. med. Coleman
für Haut-, Harn-, Frauenleiden
nerv. Schwäche, Beinleiden,
Ehrlich-Hata-Kuren,
(Dauer 12 Tage), Behandlung
schnell, sicher und schmerz-
los ohne Berufsstörung. Stadthf.
Königstr. 34-36, Alexanderpl.
Spr. 10-1 u. 5-8. Sonnt. 10-1.

14. Genossenschaftstag in Nürnberg.

Nürnberg, 18. Juni.

Im Anschluß an unseren gestrigen telegraphischen Vorbericht geben wir das Referat Kaufmanns-Hamburg ausführlich wieder.

Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung hat, ebenso wie die deutsche Volkswirtschaft, deren Teil sie ist, im Jahre 1916 unter den abnormen Verhältnissen gearbeitet, die in den Kriegsumständen ihre Ursachen haben.

Das „freie Spiel der Kräfte“ ist durch die Abschließung Deutschlands vom Weltverkehr unmöglich gemacht. Es blieb nur die einzige Möglichkeit der Organisation der Volkswirtschaft von oben durch Einsetzung der Reichszentralstellen und Zentralgesellschaften zur zwangsläufigen Bewirtschaftung fast aller Nahrungs- und vieler sonstiger Bedarfsartikel, sowie aller wichtiger Rohstoffe, durch Höchstpreise, Beschlagnahme, Regelung der Warenherstellung und Nationalisierung.

Die zwangsläufige Bewirtschaftung

hat recht viele Nachteile. Es fehlte von vornherein an dem richtigen Verhältnis der verschiedenen Preise zu einander, besonders in der landwirtschaftlichen Produktion. Die landwirtschaftlichen Produkte sind unzureichend erfährt worden.

Vor allen Dingen aber beklagen wir die zu große Selbständigkeit der Gemeinden und Kreise, die vollständig souverän die Warenverteilung vornehmen. Hierunter leiden besonders unsere Konsumgenossenschaften, denen die Waren nicht entsprechend ihrer Mitgliederzahl oder der Kundenlisten zugewiesen werden.

Ferner ist zu beklagen, daß vielerorts sowohl die Konsumgenossenschaften, wie auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften bei der Organisation der Volkswirtschaft nicht in ausreichendem Maße herangezogen sind. Auch die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine ist mehr und mehr ausgeschaltet worden.

Redner geht hierauf auf die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ein. Den ungenügenden durch den Weltkrieg verursachten Wirtschaftskrisen sind hunderttausende kleine Unternehmungen zum Opfer gefallen, hingegen hat sich die Genossenschaftsbewegung aller Länder gesund erhalten und kräftig weiter entwickelt.

Redner unterbreitet noch einmal die Beschlüsse des Generalrats und der Revisionsberandtagung, wonach es dringend erforderlich ist, daß die Bestimmungen des Statutats eingeführt und rüchlos durchgeführt werden.

Eigenproduktion

der Erweiterung. Die Bäckereien sind in der Richtung auszubauen, daß die Versorgung mit allen Backwaren den Konsumvereinsmitgliedern gewährleistet wird. Es sind Großschlachtereien mit weitgehender Abfallverwertung einzurichten. Die Errichtung von Schrotmühlen, die zum Teil schon geschaffen ist, wird namentlich infolge der zunehmenden Kleinhausfütterung einen größeren Umfang annehmen.

Für die Konsumvereine kommt ferner die Errichtung von Bezirksvereinigungen zur weiteren Pflege der Eigenproduktion, vor allen Dingen zur Errichtung genossenschaftlicher Brauereien, eventuell auch Großschlachtereien und Fabrikbetrieben für Spezialartikel, die nur bezirksweise gebraucht werden, in Frage.

Das Ausbauen bedarf weiter das Versicherungswesen der Konsumgenossenschaften und zwar in der Richtung der Feuerversicherung und in der Richtung der Tätigkeit der Volksfürsorge. Auch das Konsumgenossenschaftliche Geldwesen bedarf einer besonderen Organisation durch die Umwandlung der Kassenabteilung der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in eine eigene Genossenschaftskasse.

Die erheblichen Mittel, die zur Durchführung dieses Programms erforderlich sind, können ohne weiteres aufgebracht werden, wenn die Geschäftsanteile auf 50 bis 60 M. erhöht, den Referenten starke Zuweisungen von mindestens 1 Prozent gemacht werden und ein Teil der Spareinlagen in unfundable, aber auslosbare höher verzinsliche Hausanteile oder Obligationen umgewandelt wird.

Von großer Bedeutung ist auch der Ueberweisungs- und Lehr verziehender Mitglieder von einer Genossenschaft an eine andere, der auf Grund der Beschlüsse der zuständigen Körperschaften nunmehr organisatorisch geregelt worden ist.

Die Größe und Bedeutung unserer Organisation erfordert eine öffentlich-rechtliche Vertretung, die wir zunächst bei den Handelskammern suchen. Darüber hinaus fordern wir in allen finanziellen, durch die wirtschaftliche Neugestaltung notwendig werdenden Institutionen, die das Arbeitsgebiet der Konsumvereine berühren und in allen Organisationen, die aus steuerlichen und sonstigen Gründen Massenverbrauchsartikel betreffen, eine entsprechende Vertretung.

Die Tätigkeit des Vorstandes unter Berücksichtigung der durch den Krieg erforderlichen Maßnahmen

referieren H. Vahllein-Hamburg und Dr. Müller-Berlin. Hierzu begründet Müller folgende Entschlüsse, die von Vorstand, Aufsicht und Generalrat gemeinsam beantragt ist:

Der 14. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, am 18. und 19. Juni in Nürnberg erklärt, daß er sich der vielfach von der Presse und von Organen der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels vertretenen Auffassung, die vorhandenen Ernährungsschwierigkeiten seien auf die Ausschaltung des freien Handels zurückzuführen, nicht anschließen kann. Er ist vielmehr der Ueberzeugung, daß die Hauptaufgabe der Kriegsernährungswirtschaft, die immer knapper werdenden Nahrungsmittel gleichmäßig auf das ganze Jahr und gerecht auf alle Bevölkerungsschichten in Stadt und Land, auf Arm und Reich zu verteilen, nur durch eine zwangsläufige Organisation der Volksernährung gelöst werden kann.

Bei aller Würdigung der vorhandenen sachlichen Schwierigkeiten glaubt der Genossenschaftstag, doch seine Meinung dahin zusammenzufassen zu sollen, daß ein gutes Teil der vorhandenen Ernährungsschwierigkeiten zu beseitigen ist, wenn auch die Nahrungsmittelerzeuger die Anforderungen der Kriegswirtschaft mit der gleichen Entschlossenheit auf sich nehmen, wie das von dem größten Teil der Verbraucher geschieht.

Die seit Kriegsbeginn für die Konsumgenossenschaften bestehenden besonderen Schwierigkeiten sind noch nicht beseitigt, trotz der Anordnungen der Zentralbehörden, die dieses Ziel im Auge hatten. Noch immer haben zahlreiche Konsumgenossenschaften darüber zu klagen, daß sie bei der Zuweisung von Waren benachteiligt werden; die bei den Regierungen für die genossenschaftlichen Bäckereien in einzelnen Kommunalverbänden bestehenden Uebelstände dauern fort; Vorrechte und Uebelstände gegen die Konsumgenossenschaftlichen Organisationen machen sich noch bei Behörden, meistens solchen der Kommunalverbände, bemerkbar und zeitigen unerfreuliche Vorläufe und Benachteiligungen der Konsumgenossenschaften.

Der Genossenschaftstag legt aufs neue gegen diese Methoden Verwahrung ein. Er fordert die Genossenschaften auf, mit Unterstützung des zuständigen Revisionsverbandes alle ihnen zuteil werdenden Benachteiligungen zum Gegenstande von Beschwerden an die Behörden des in Frage kommenden Bundesstaates zu machen, um auf diese Weise eine Beseitigung der Uebelstände zu erreichen. Mit allem Nachdruck verlangt er außerdem, daß den Konsumgenossenschaften endlich der Platz in der Verteilungsorganisation angewiesen wird, auf den sie Anspruch erheben dürfen.

Sodann wird in die Debatte eingetreten. Gegenüber einer von Piep-Hamburg vorgebrachten Beschwerde, wonach der Magistrat der schleswig-holsteinischen Stadt Wisler dem dortigen Konsumverein bei Auffstellung der Kundenlisten nur 200 seiner eingetragenen Mitglieder beisehen und die übrigen 108 drei Geschäftsleuten zugewiesen hat, ein Verfahren, das von allen Beschwerten in den zum preussischen Minister des Innern hinauf gebilligt und für einwandfrei erklärt wurde, bemerkte Dr. Müller, er habe wegen dieses Falles bereits Schritte getan, die Entscheidung sei noch in der Schwebe, das Kriegsernährungsamt selbst stehe auf seiner Seite. Er habe mit einem Vertreter des Ministeriums unterhandelt und ein Schreiben bekommen, in dem mitgeteilt wird, daß die in Betracht kommenden Stellen um Nachprüfung des Falles und erneute Stellungnahme ersucht wurden. Müller erklärt mit aller Schärfe, er werde die Fortführung seiner Funktion im Kriegsernährungsamt davon abhängig machen, daß der Minister des Innern die nachgeordneten Stellen anhält, solche gehässige Konsumvereinsbefämpfung zu unterlassen.

Groß-Berlin

Zur Kohlenversorgung.

Jeder dritte Wagen, der jetzt durch die Straßen fährt, ist ein Kohlenwagen. Die Vorratsversorgung muß einen gewaltigen Umfang angenommen haben. Wer aber als Inhaber einer Dreizimmer- oder kleineren Wohnung zu irgendwelchem Kohlenhändler kommt, wird schroff abgewiesen. Angeblich ist alles ausverkauft, Vorbestellungen werden nicht angenommen. Unter 10 000 Stück geben wir überhaupt nicht ab, erhält man hier und da als Bescheid. Alle vorhandenen und herankommenden Vorräte gehen nach dem Berliner Westen und gewissen Gegenden Charlottenburgs. Und die Stadtverwaltungen? Offenbar wird sie erst einschreiten, wenn die zahlungsfähige Einwohnerschaft auch auf diesem Gebiete genügend eingekampt ist. Dann bleibt nur noch die kleinere Arbeit, den Verbrauch der Minderbemittelten zu rationieren. Der Gedanke, daß die ganze Rationierung sich um so schwieriger gestaltet, je mehr Kohlen schon vorher verschwunden sind, scheint den maßgebenden Instanzen nicht zu kommen. Die Bekanntgabe der Entschlüsse des Kriegsamtes ist für die nächsten Tage zu erwarten. Dann werden die Gemeinden Groß-Berlins erwägen und beschließen, vielleicht treten auch inzwischen für maßgebende Dezernten die Ferien ein. Das Durchhalten im vierten Kriegs-

winter dürfte aber seine Grenzen haben, und auf diese zu achten, erscheint uns als dringende Pflicht der Gemeindeverwaltungen!

Die Obstpreise.

Jetzt sind wir zwar in der glücklichen Lage, Höchstpreise für Obst zu haben und zwar nicht zu niedrige, aber den Interessenten scheinen diese Preise nicht zu genügen, denn das Obst ist verschwunden. Die festgesetzten Preise sind folgende:

Table with 4 columns: Fruchtname, Erzeugerpreis, Großhandelspreis, Kleinhandelspreis. Includes items like Erdbeeren, Blaubeeren, Preiselbeeren, etc.

Druckteile von Pfennigen sind nach oben abgerundet. Man wird erwarten dürfen, daß in Kürze die Preise für einzelne Obstsorten noch weiter herabgesetzt werden.

Höchstpreise für Einfachbier.

Der Magistrat veröffentlicht heute eine Verordnung über den Höchstpreis von Einfachbier. Danach darf in Söank- und Speisebetrieben jeglicher Art beim Verkauf von Einfachbier der Preis von 50 Pf. für das Liter nicht überschritten werden. Beim Verkauf von kleineren Mengen darf der Preis den entsprechenden Teilbetrag des Literpreises nicht übersteigen; hierbei ist jedoch die Abnutzung von Bruchteilen eines Pfennigs auf volle Pfennige zulässig. In jedem Betrieb, in dem Einfachbier ausverkauft wird, ist dessen Verkaufspreis durch eine deutlich lesbare Ankündigung im Ausbauraum bekannt zu geben.

Schlechte Eier müssen umgetauscht werden.

In letzter Zeit gehen und wiederholt klagen zu, daß die Händler sich weigern, schlechte Eier umzutauschen und sich nur bereit finden, das Geld dafür zu erheben. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Händler verpflichtet sind, die Ware umzutauschen. Selbstverständlich ist, daß dieser Umtausch bald vorgenommen werden muß, damit nicht der Einwand erhoben werden kann, die Eier seien in der Befahrung des Käufers verdorben.

Eine zerstörte Ernte.

In der Riefholzstraße in Treptow besitzt die Norddeutsche Immobilien-A.G. ein Wiesengrundstück, das in diesem Frühjahr für Kleingärten eingerichtet wurde. Der nasse Untergrund und die warme Bitterung liehen eine prächtige Gemüsernte erwarten. Da hier tiefer Moorboden in Frage kam, so hatte die Bearbeitung zwar vielen Schweiß gekostet, aber die Aussicht auf eine gute Ernte ließ dies vergessen. Man kann daher die Zerstörung der Kolonien verstehen, als sie am Sonntag die Kündigungs ihrer Parzellen zum 1. August erhielten. Als Grund wurde angegeben, eine Verhörde will die „Goldne Aue“ übernehmen.

Wäre das Grundstück, wie verlangt, zum 1. August geräumt werden müssen, dann ist die Ernte verloren. Das wäre aber in heutiger Zeit unverantwortlich. Es darf wohl erwartet werden, daß die betreffende Behörde, die heute vielleicht noch nicht den wirklichen Zustand des Grundstücks kennt, darauf die gebührende Rücksicht nimmt.

Ueber Beschlagnahme und freiwillige Ablieferung von Gegenständen aus Kupfer und Kupferlegierungen ist am 20. Juni eine neue Bekanntmachung in Kraft getreten. Betroffen werden eine große Anzahl von Gegenständen, die zur Einrichtung von Häusern, Wohnungen, Geschäftsräumen, Bahnwagen, Kraftwagen, Schiffen usw. gehören. Einzelheiten sind aus § 2 der Bekanntmachung zu entnehmen. Die Ablieferung der beschlagnahmten Gegenstände erfolgt zunächst freiwillig. Die Uebernahmepreise für 1 Kilogramm betragen sich zwischen 5 M. und 6,50 M. bei Kupfer, beziehungsweise 4 und 5,50 M. bei Kupferlegierungen. Hierzu wird ein Zuschlag von 1 M. für 1 Kilogramm gewährt, wenn die freiwillige Ablieferung bis zum 31. August 1917 erfolgt. Nach Ablauf der für freiwillige Ablieferung vorgesehenen Frist werden die beschlagnahmten Gegenstände enteignet und nötigenfalls zwangsweise abgeholt werden. Alle Einzelheiten ergeben sich aus dem Wortlaut der Bekanntmachung, die in den Berliner Steuerkassen, den städtischen Gas- und Wasserinspektionen, den Polizeirevierern und dem Metallbureau des Magistrats, Klosterstraße, Stadthaus Zimmer 39/40, vom 25. d. M. ab eingeschrieben werden kann. Um eine geregelte Abfertigung der Abliefernden zu erreichen, ersucht der Magistrat, dem Bureau der Metallabteilung, Klosterstraße, Stadthaus Zimmer 39/40, auf Vorhanden, die vom 25. d. Mts. ab bei den Steuerkassen und Gas- und Wasserinspektionen erhältlich sind, von der Bereitwilligkeit zur Ablieferung Kenntnis zu geben. Ablieferungszeit und Ort wird alsdann jedem bekannt gegeben werden. Auskunft wird bis auf weiteres nur im Bureau der Metallabteilung, Klosterstraße, Stadthaus, Zimmer. 39/40 erteilt.

Ein Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet am heutigen Mittwoch in der Philharmonie, Weinburger Str. 22/23, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf. Kasseneröffnung 7 Uhr.

Schreckenstat einer Mutter.

Ein furchtbares Familiendrama hat sich in einem Hause der Plantage in Spandau zugetragen. Die dort wohnende 38-jährige Witwe des vor ungefähr drei Monaten verstorbenen Bäckereivorgers Hannebohm war seit dem Tode ihres Mannes in Schwermut verfallen. Das Leben verflümmerte sich, so daß Frau H. in einem Sanatorium untergebracht werden mußte. Da sich dort ihr Zustand gebessert zu haben schien, wurde sie auf ihren dringenden Wunsch, bei ihren Kindern, einem zehnjährigen Knaben und einem 6 Jahre alten Mädchen, weilen zu dürfen, aus der Anstalt nach Hause entlassen. Sehr bald aber stellte sich das alte Gemütsleiden, wohl auch infolge der mangelhaften Verhältnisse, in die Frau H. durch den Tod des Ernährers geraten war, wieder ein und wiederholte soll die Witwe geäußert haben, daß sie mit ihren Kindern ihrem Manne in den Tod folgen wolle. Diese Absicht hat die unglückliche Mutter jetzt ausgeführt. Gegen Abend nahm der Inhaber der unter der Hannebohmischen Wohnung liegenden Wohnung wahr, daß aus der Badstube über ihm ständig Wasser durchsickerte. Als diese Erscheinung Stundenlang anhält und andere Hausbewohner einen aus der Wohnung dringenden Gasgeruch bemerkten, wurde der Hausbesitzer benachrichtigt, der das nächste Polizeirevier verständigte. Nun wurde die Woh-

nung, da sich auf wiederholtes Klopfen und Klingeln niemand meldete, gewaltsam geöffnet, und in der vollständig unter Wasser stehenden Wabstube fand man in der überfüllten Wabstube die beiden Kinder als Leichen. Im Schlafzimmer, das mit Gas angefüllt war, hatte sich die Mutter erhängt. Ein hinzugerufener Arzt konnte nur noch feststellen, daß bei allen dreien der Tod schon vor Stunden eingetreten war, bei den Kindern durch Ertrinken. Offenbar hat Frau D. die furchtbare Tat in einem Anfall geistiger Verwirrung verübt, bald nachdem sie von einem Besuche des Grabes ihres Mannes zurückgekehrt war. Den Kindern hat sie wahrscheinlich vorher ein Betäubungsmittel gereicht. Die Leichen wurden polizeilich beschlagnahmt, die Wohnung geschlossen.

„Wie Boden und Oberfläche der Mark Brandenburg entstanden sind.“ Ueber dieses Thema hält am Sonnabend, abends 8 Uhr, Herr Engelbert Graf im Museum für Meerestunde, Georgenstr. 34-38, einem vom Vorstande der L. A. D. e. m. i. s. U. n. t. e. r. r. i. c. h. t. s. k. u. r. i. e für Arbeiter veranstalteten Vortrag mit Lichtbildern. Das Eintrittsgeld beträgt 15 Pf. Gäste sind willkommen.

Durch Heiratswindel verraten hat sich ein Gauner, der vor einiger Zeit auf einem biesigen Hofamt einen dreifachen Streich verübte. Dort erschien in der Postkammer ein Mann in Soldatenuniform und erklärte dem anwesenden Beamten, er sei Postbote und von der Verwaltung rekrutiert, um jetzt in der Postkammer Dienst zu tun. Auf seine Bitte zeigte ihm der Beamte seine sämtlichen Obliegenheiten und ließ ihn dann einen Augenblick allein. Diesen benutzte er, um mit einem Wertbeutel zu verschwinden, der mehrere Scheids über zusammen anwärtend 5000 M. enthielt. Als man den Diebstahl ermittelte, waren die Beträge auf der Bank schon abgehoben. Im Nordhafen der Stadt trat nun in der Uniform eines Unterzahlmeisters ein junger Mann auf, der viel Glück bei den heiratslustigen Mädchen hatte. Einem nach dem andern versprach er die Ehe. Geld nahm er ihnen vorläufig nicht ab, weil er noch über die gestohlenen Mittel verfügte. Jedenfalls machte er sie sicher, um sie später ausbeuten zu können. Einem der Mädchen fiel es auf, daß der angebliche Unterzahlmeister solange Urlaub hatte. Es erkundigte sich näher nach ihm und erfuhr auch seine Wohnung. Der Mann wurde verhaftet und als der Postbote entlarvt. Es ist ein 26 Jahre alter K. A. I. S. C. H. U. Y., der mit den Strafbehörden schon oft zu tun hatte.

Lebensmittelschwindeln eines falschen Militärarztes. In einem Wilmersdorfer Lazarett erschien dieser Tage ein elegant gekleideter Herr, der sich als Militärarzt ausgab. Er erklärte, daß er von dem befreundeten an der Front weilenden Sohne des Chefarztes des Lazarett eine große Riste mit Lebensmitteln erhalten habe, die von ihm gegen Entrichtung des verlangten Betrages abzuholen sei. Da der Chefarzt augenblicklich zur Kur in Baden-Baden weilte, wurde er vom Lazarettbüro aus telefonisch angerufen. Er bestätigte in dem Gespräch, daß er von seinem Sohne eine größere Sendung erwarte, und ließ dem angeblichen Kollegen die Adresse seiner Tochter mitteilen, an die er sich wenden sollte. Am Tage darauf erschien der fremde Herr bei der Dame und ersuchte sie, die Lebensmittelsendung aus seiner Wohnung abzuholen gegen Entrichtung seiner Auslagen in Höhe von 400 M. Die junge Dame trug jedoch Bedenken, einen so hohen Betrag ohne weiteres zu zahlen, und obwohl ihr der Fremde erklärte, daß ihr Vater ja bereits von Baden-Baden aus die Anweisung zur Zahlung gegeben habe, ließ sie den letzteren doch noch telefonisch an und erhielt die Genehmigung, die 600 M. zu zahlen, die sie nun auch dem angeblichen Arzt übergab. Als sich am nächsten Tage die junge Dame nach der abgegebenen Wohnung des Herrn Doktors begab, mußte sie zu ihrem Schrecken erfahren, daß sie einem Gauner in die Hände gefallen war. Der Schwindler hatte sich den Namen eines in der Tat dort wohnenden Militärarztes beigelegt, der schon vor einigen Tagen wieder an die Front abgereist war. In der angeblichen Wohnung des Betrügers waren bereits eine ganze Anzahl Damen erschienen, die alle Lebensmittelpakete, die sie zum Teil mit sehr erheblichen Beträgen bezahlt hatten, abholen wollten. Bisher ist es noch nicht gelungen, den Gauner zu ermitteln. Als besondere Kennzeichen werden mehrere Schmissen im Gesicht angegeben.

Im Droschkenhaus verbrannt. Ein schwerer Unfall ereignete sich in der Nacht zum Dienstag in der Königsgräber Straße. Die in der Salzburger Straße 10 wohnenden Eheleute P. e. r. i. w. i. y hatten am Abend ein Theater besucht und sich zur Rückkehr in ihre Wohnung einer Autofahrt bedient. Als das Gefährt sich in der Nähe des Anhalter Bahnhofs befand, explodierte plötzlich der Benzinbehälter und eine Stichflamme erfaßte Frau P., die im nächsten Augenblick in Flammen eingehüllt war. Der Gatte verlor die Besinnung und leistete nur hilflos dabei erblickte Brandwunden an

beiden Händen. Die Schwereverletzte hat am ganzen Körper Brandwunden erlitten und mußte in sehr bedenklichem Zustande nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus geschafft werden.

Größere am Dienstag nachmittag aus bisher noch nicht ermittelten Ursachen in der R. o. p. p. e. n. s. t. 27 zum Ausbruch und erreichte in ganz kurzer Zeit eine solche Ausdehnung, daß die Berliner Feuerwehre Stundenlang mit der Beseitigung zu tun hatte. Es brannten die Fabriken von Bach & M. D. S. und Alfred Salomon (Asphaltfabrik). Der Schaden läßt sich noch nicht übersehen.

Wer ist die Tote? Das Polizeipräsidium teilt mit: Die Leiche einer Frau, die schon Karl in Verweisung übergeben war, wurde am 14. Juni, vormittags 8 1/2 Uhr, aus dem nördlichen Seden des Westhafens gelandet. Die Unbekannte ist etwa 20 bis 25 Jahre alt, 1,72 Meter groß, schlank, hat ovales Gesicht und blondes Haar. Velleidet war sie mit schwarzem Gebirgsrock, Oberrock, weichen Epigamentrock, weißer Bluse mit rosa ausgebleichten Blumen und sechs erbsengroßen hellblauen Glasknöpfen, weicher Unterhülle, grauem Korsett, weichen Hemd, vorn an der Brust Rosenfäden, schwarzen Strümpfen und Schuhschneideln. Vermutlich liegt Selbstmord vor. Sachdienliche Angaben nimmt jedes Polizeirevier, auch die Kriminalpolizei VI Bezirk zu Nr. 1743 IV/55, 17 entgegen.

Schöneberg, Stadtverordnetenversammlung. In der Sitzung am Montag hatten die Fraktionen folgende Anfrage an den Magistrat eingebracht: „Ist der Magistrat in der Lage, Auskunft zu erteilen über den Stand der Liquidation der Englischen Gasanstalt?“

Zur Begründung führte J. o. b. e. l. (L. i. b. P. r. e. s. t.) aus, daß die Regierung sich viel Zeit lasse, um endlich ein Urteil zu fällen. Es sei nicht recht ersichtlich, auf welche Gesellschaft Rücksicht genommen werden soll. Man wolle daher wissen, ob die Regierung beabsichtige, die Gaswerke den Landräten oder den Städten unter der Führung Berlins auszuliefern.

Oberbürgermeister D. o. m. i. n. i. c. u. s. entgegnete, daß die Staatsregierung mit den Gemeinden verhandelt hat. Leider ist es nicht gelungen, die Einigung unter den Städten Berlin, Schöneberg, Wilmersdorf und den Landkreisen Teltow und Niederbarnim herbeizuführen. Dann sind die Verhandlungen von der Regierung abgebrochen und die Ausschreibung ist vorgenommen worden. Es wird gesagt, der angebotene Preis soll zu niedrig sein. Stadt und Land haben aber den Preis abgegeben, der von den sachverständigen Gutachtern für angemessen bezeichnet wurde. Das Verfahren der Ausschreibung dürfte für die Regierung die beste Rückdeckung sein. Politische Gründe dürften der Regierung nicht maßgebend sein, um aus den Städten höhere Preise herauszuholen. Der Erfolg wäre Erhöhung des Gaspreises oder der Gemeindesteuern. Beides darf nicht stattfinden. Allem Anschein findet die Regierung das Angebot der Landräte für genehmiger, nur die richtige Begründung ist noch nicht gefunden. Die Landkreise haben Aussicht, sehr begünstigt zu werden, obwohl in der Verteilung der Lebensmittel gerade die Landkreise viel zu wünschen übrig lassen. Die Städte sind die größten Verbraucher des Gases, sie müssen daher auch zuerst berücksichtigt werden. Außerdem läme vielleicht der Zweckverband in Frage. Diesem sonderbaren Gebilde können die Gaswerke nicht überwiesen werden, da erst eine Gesetzesänderung vorgenommen werden müßte. Die Absicht, die Stadt Berlin von den anderen Gemeinden zu trennen, ist die dortigen Werke zu überweisen, während die übrigen Gaswerke den Landkreisen zu fallen sollen, wird daran scheitern, daß Berlin die Städte Schöneberg und Wilmersdorf nicht im Stich lassen wird. Die Regierung sollte sich wohl überlegen, ob es ratsam erscheint, in dieser Zeit der Nahrungsmittelschwierigkeiten und für die kommende Heizperiode die Groß-Berliner Bevölkerung unnötig zu verärgern.

Genosse N. o. s. s. erklärte, es wäre Pflicht des Magistrats gewesen, den Stadtverordneten längst Klarheit über den Stand der Angelegenheit sowie die Stellung der Regierung zu geben. Der angebotene Preis sei äußerst günstig, da mit Ausnahme des Mariendorfer Gaswerkes alle übrigen nur alte Einrichtungen sind. Man sollte den Gesellschaften nicht zu sehr nachlaufen. Dem Zweckverband das Zutrauen zu schenken, sei vergebene Liebesmühe. Der vorliegende Protest, dem sich die sozialdemokratische Fraktion anschließt, muß die Regierung zu einer klaren Stellungnahme zwingen. — Darauf wurde die gestellte Anfrage als Protest einstimmig angenommen.

Die zur Kenntnis gebrachte Uebersicht über den Besuch der Gemeindefunkeln ergab, daß in den 16 Gemeindefunkeln 6318 Knaben und 6338 Mädchen, insgesamt 12656 Kinder untergebracht sind. Der Durchschnittsbesuch einer Klasse beträgt 42,8 gegen 43 Kinder der letzten Uebersicht. — Für die Unterbringung der Angehörigen mobiler Mannschaften sind bisher 15 Millionen

Mark bewilligt worden. Es wird beschlossen, weitere 5 Millionen Mark zu bewilligen.

Nunmehr gelangte der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion: Aufhebung des Sikkverbot, zur Debatte.

Oberbürgermeister D. o. m. i. n. i. c. u. s. gab die Erklärung, daß das Sikkverbot infolge eines Wikkverhältnisses erlassen und die Aufhebung desselben vergesen worden sei.

Genosse E. i. c. h. e. l. h. a. r. d. erklärte, daß durch diese Erklärung die Angelegenheit erledigt sei.

Zu der Vorbereitung der Wahl des Bürgermeisters und Räumers beschloß die sozialdemokratische Fraktion, beideämter in der Person des Räumers Nachawitz zu vereinigen.

Damit dürfte kaum noch eine Mehrheit für die Wiederwahl des Bürgermeisters Mankenstein vorhanden sein, da auch bürgerliche Stadtverordnete für seine Wiederwahl nicht zu haben sind. Nach einer Meldung der Crispresse wurde sogar in der letzten Wahlauschüttung schon festgestellt, daß er nicht wiedergewählt wird.

Die Verteilung der Magermilchmarken. Die Magermilchmarken für die Kinder im 13. und 14. Lebensjahre werden Donnerstag, Freitag und Sonnabend durch die Protokommissionen ausgegeben. In diesen Tagen können auch noch Magermilchmarken für die 6-12jährigen Kinder nachträglich abgeholt werden. Nach dem 23. Juni aber werden Magermilchmarken nicht mehr ausgegeben.

Wilmersdorf, Milchabgabe. Die neuen Vollmilchmarken für Kinder im Alter bis zu sechs Jahren, die bereits zur Ausgabe gelangten, sind zu einem beträchtlichen Teile von den Haushaltungsvorständen in den Protokommissionen noch nicht abgefordert worden. Es sei darum nochmals darauf hingewiesen, daß in der Ausgabe der Wilmersdorfer Vollmilchmarken für Kinder infolgedessen eine Veränderung eingetreten ist, als sie künftig von den Empfangsberechtigten stets bei der zuständigen Protokommission abgeholt werden müssen. Die Abholung muß nunmehr umgehend erfolgen. — Bei dieser Gelegenheit wird bemerkt, daß für die Ausgabe von Milchpräparaten, für die vom 20. bis 23. Juni Voranmeldung stattfindet, nur kinderlose Familien und Familien mit Kindern im Alter von über 10 Jahren in Betracht kommen.

Friedrichsfelde, Stilllegung des Gemeindegadewerks. Die Gemeindevertretung stimmte in ihrer letzten Sitzung dem Antrag auf Stilllegung des Gemeindegadewerks und Abschluß eines Abkommens mit den städtischen Gaswerken von Lichtenberg über die Gasversorgung von Friedrichsfelde zu. Der Vertrag wird zunächst auf die Dauer von drei Jahren geschlossen und es ist nicht unwahrscheinlich, daß diese Vereinbarung später aus erweiterter Grundlage verlängert wird. Die Gemeinde hofft, mit diesem Abkommen statt der bisherigen Verluste, die das Gemeindegadewerk gebracht hat, einen Ueberschuß von jährlich etwa 32 500 M. zu erzielen. Ebenso stimmte die Gemeindevertretung dem zweiten Abkommen mit Lichtenberg über die Errichtung eines K. r. e. i. s. t. u. a. h. w. e. i. s. s. für Friedrichsfelde innerhalb des Lichtenberger städtischen Arbeitsnachweises zu. Den Friedrichsfelder Arbeitern wird dabei die gleiche Behandlung zugesichert wie den Lichtenberger Arbeitern. Die Gemeinde braucht nur einen jährlichen Aufschuß von 1000 M. zu zahlen. Schließlich beschloß die Gemeindevertretung, den Beiträgen der Volksschulen den Unterschied zwischen dem vom Staate zu zahlenden Kriegsteuerzuschuß und den von der Gemeinde den Beamten und Angestellten gezahlten Beträgen von Gemeinde zu bewilligen.

Tempelhof, Lebensmittelnachrichten. In dieser Woche werden neben den üblichen Lebensmitteln 2 Pfd. Kartoffeln oder 200 Gramm Gebäck auf die vier weißen Abchnitte der Kartoffelkarte, 300 Gramm Gebäck auf die übrige Kartoffelkarte abgegeben, ferner vier Eier, 1/2 Pfd. Marmelade auf Lebensmittelkarte und 1 Kilogramm Gemüsekonerven auf zwei Lebensmittelkarten, aber nur für einen Teil der Bevölkerung.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Berlin I. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Droschkuren gegen Verzeigung des Mitgliedsbuches bei Claus, Kommandantenstraße 88, abzuholen sind.

Wetternachrichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittig. Etwas kühler, vielfach wollig mit mehreren örtlich fortwährenden Gewittern.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Herr
Robert Mianowitz
Görlitzer Straße 54
am 18. Juni gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Michael-Richardweg, Mariendorfer Weg, aus statt.
Kege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.
Den Kollegen fern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Herr
Richard Kohlbase
Neufuß, Thomaststraße 35
am 12. Juni gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
176/15 Die Crispverwaltung.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Herr
Josef Rehor
am 17. Juni 1917 verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes Neufuß, Mariendorfer Weg, aus statt.
Am zahlreichsten Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß.
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10 Tage),
Blutuntersuchung, Sonnenbad, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
215/10) störung, Teilzahlung.
Sprechstunden: 11-1 u. 2 u. 3-5

Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe in Berlin
C 25, Dantelstr. 4.

Einladung
zu der am Montag, den 2. Juli 1917, abends 8 Uhr, im Restaurant „Hindenburg“, Berlin C 25, Dantelstr. 4, stattfindenden außerordentlichen

Ausschuß-Sitzung
der Bezirksrat der Arbeitgeber und Kassemittglieder.

Tagungsordnung:
1. Beratung und Beschlußfassung über die Änderungen der nachstehenden Paragraphen der Kasstatuten:
a) § 51 betr. Festlegung der bei Beitragsrückständen der Arbeitgeber zu erhebenden Mahngelöhre.
b) § 75 betr. Abänderung des Wortlauts sowie Festlegung der an die Ausschuhvertreter für Teilnahme an den Sitzungen u. zu zahlenden Entlohnung.
c) §§ 84, 86, 87, 88 und 91 betr. Änderung des Wortes „Rentant“ bzw. „Rentanten“.
2. Beratung und Beschlußfassung über die Erhöhung des Krankengeldes um 20 vom Hundert.
3. Bericht über die vom Bezirksratgamt bisher genehmigten Neubestellungen sowie beschlossene Mittelungen.
Berlin, den 20. Juni 1917.
Der Vorstand der Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin.
H. Tachne, Vorsitzender.
H. Freund, Schriftführer.

Sühneraugen
Fußsohlenverhärtung
Berühmte Heilung erfährt mit absoluter Sicherheit (siehe) „Sühneraugen“. Einziges Heilmittel für chronische und akute Fußsohlenverhärtung.
Verband durch Nachnahme.
Otto Reichel, Berlin 30, Lindenbahnstr. 1.

Zähne
mit u. ohne Gaumenplatte, Brücken, Plomben jeder Art, Goldkronen, moderne Goldtechnik, Umarbeitung schlechtester Gebisse, Reparatur, sof. Zahnziehen I. örtl. Betäubung, Kl. Preis, auch Teilzahl. Tel. Nord 10438
D. A. Löser
Behandl. nur Rosenthalerstr. 69-70 v. 9-7 Uhr abends
Behandl. Sonntags 10-12

Leztlich geleitete, modern eingerichtete Heilanstalt für ambulator. Behandlung.

Modernes, erprobtes Heilverfahren wie Naturheilverfahren, Elektro- und Lichttherapie, Hydrotherapie, Pflanzen- und Kräuterbäder, Sauerstoffkuren, homöopathische Behandlung, Pflanzeninjektionen. — Nachweisbar gute Erfolge bei sämtlichen Krankheiten, inneren und äußeren (speziell chronischen Gelenken), z. B. Lungen-, Hals-, Herz-, Magen-, Darm-, Leber-, Nieren- und Blasenleiden, Nervenschwächen, nervösen Kopfschmerzen, allgemeiner Nervosität, allgemeiner nervöser Abspannung; Asthma, Gicht, Rheumatismus; sämtlichen Anschlügen, Nerven-, Wunden, Verbrennungen, sowie Kinderlähmung; Stoffwechsel-Krankheiten, Zuckerkrankheit usw. — Wegen Raum-mangel seien nur einige Fälle mitgeteilt: Herr H. Hellwig, Vorkingwalde b. Berlin, Ernststr. 25. Von Magenleiden, Verstopfung u. Nervenschwäche in 6 Wochen geheilt. Sollte operiert werden. — Herr H. Wiltmann, Berlin, Blumenhallerstr. 3. Von Gehirnschwäche und Abstieg an alter Operationsnarbe mit 15 Behandlungen geheilt. — Herr W. Wulff, Berlin-Schöneberg, Sedanstr. 17 II bei Friedb. Von Gehirnschwäche u. Nervenschwäche in 4 Wochen geheilt. Vorher bringend zur Operation geraten. — Herr H. Schlabitz, Berlin, Capistr. 24. Von Gehirnschwäche in 1 Monat vollständig geheilt. Vorher 6 Wochen mit Radium in einer Berliner Klinik ohne Erfolg behandelt. — Frau E. Popp, Lichtenberg, Wärlenerstr. 10. Von Aron, Frauenleiden, Herzschwäche und Verstopfung geheilt. — Sohn des Gärtners G. König, Pantow. In 6 Wochen von detaillierter Beinlähmung geheilt. Vorher anderweitig jeder Erfolg abgebrochen. — Von Nervenschwäche in vier Wochen geheilt. Erklärt sich jetzt für ganz gesund. — Herr Richard Geyer, Berlin, Gredelbagenstr. 26. Von akuten rheumatischen Schmerzen in Bein u. Fußgelenk geheilt. Sehr zufrieden. — Herr H. Prose, Berlin-Mariendorf, Streiterstr. 11. Von chronischer Rückenmarkentzündung und Lähmung geheilt. Vorher für unheilbar erklärt. — Herr R. Jöhner, Reinickendorf-Ost, Propingstr. 117. Von Augenleiden und Katarrh geheilt. — Frau H. Gerold, Berlin, Nankelstr. 23. Von Bronchialkatarrh geheilt. — Zwei Kinder des Kohlenhändlers Herrn Vinte, Berlin, Streiterstr. 6. Vor 9 Jahren von Augenleiden geheilt, heute noch gesund. — Herr G. Köpke, Bin. Rummelsburg, Alt-Borghagen 8. Von doppelseitigem Augenleiden geheilt. — Herr C. Neumann, Lichtenberg, Blumenhallerstr. 13. Von Neurasthenie und nervöser Magenleiden geheilt. — Frau E. Grosse, Berlin, Ringelstr. 26. Von Leberleiden geheilt. — Frau R. Kautzner, Heringstr. Berlin, Schönhauser Allee 87. Von Bakterieller Krankheit geheilt. — Herr Otto von, Berlin, Stendaler Str. 17, IV. Von Nerven- u. Blasenleiden, Wasserhals, allgemeiner großer Schwäche geheilt. Vorher im Krankenhaus erfolglos behandelt. Jetzt fitteigebal.

Gezielte Behandlungsräume für Damen und Herren!
Sprech- u. Behandlungszeit 9-1, 4-7, Uhr. Sonnt. u. Feiertage 9-1 Uhr.
Berlin SO 16, Brüderstr. 10b (am Bahnh. Annahewinkel)

Spezial-Angebot unseres
Schmierwasmittels „Germania“
vortreffliche Qualität, außerordentlich sparsam im Gebrauch. Lieferbar in Waggonladungen. — Probekübel von 35-60 kg zum Konsumentenpreis. (Gegen Nachnahme pro Pfund 60 Pf. festgesetzt.)
— Vertreter unter günstigen Bedingungen gesucht —
„Germania“ Fabrik kosmetischer und technischer Präparate.
Berlin W 57, Bülowstr. 66. — Telephon Lützow 8248

Sektorkorken bis 25 Pfennig, Weinkorken 1/2 Pfennig
sowie alle anderen Sorten gebrauchte und neue Korken kauft
W. Nelke,
Berlin, Krausenstr. 75 (neben Komplaski)
u. Steglitz, Bergstr. 2.
9-12, 3-7.

Spezial-Arzt
Dr. med. Haache,
Friedrichstr. 90
Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, spec. chron. Fälle. Ehrlich-Hata-Kuren, Schmerzlose, sichere Behandlung ohne Berufsstörung, Blutuntersuchung, Nag. Prägn. Teilzahlung, Sprechstunden 10-1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Gaube in Dreptow
mit schöner Stellung und Hege nebst krankheitshalber für 700 Mark. Anfragen: Glogauer Straße 28, vorn 1, Pohl.

Zigarren
in den Preislagen von 120.- M. bis 600.- M., sortiert, werden noch in jedem Quantum abgegeben. 110/1

Goldenes Haus G. m. b. H.
Friedrichstr. 89 und Artilleriestr. 16.

Kennen Sie die Wohltat einer Leibbinde?
Sämtliche Systeme am Lager resp. nach Maßanfertigung sowie
Bruchbandagen aller Art.
Artikel z. Gesundheit- u. Krankenpflege

Pollmann, Bandagist
Berlin N., Lehnringstr. 60.
Lieferant für Krankenkassen.

Von der Reise zurück
Dr. Zepler
Arzt und Frauenarzt,
Wilmersdorfer Str. 53.
Privatwohnung: 124A
Reichskanzlerplatz 4.

Seine Beichte.

Kriegsflüchtling aus Mazedonien. Von L. S. van Doel.

In dem großen Saale des griechischen Schlosses stehen die weingedeckten Betten an der Wand bereit. Jedes Bett ist von einem Schirm umgeben; es ist der Saal der Schwerverwundeten. Schwestern in langen weichen Schürzen bewegen sich fast schwebend an der traurigen Reihe vorbei, hier ein Krüppel ordnen, dort eine kleine Unterhaltung eröffnend, immer mit jener hoch erhabenen Ruhe, die den Kranken das Dürden so sehr erleichtert.

„Liegen Sie gut, mein Junge?“ „Ja, Schwester, aber... hören Sie mal einen Augenblick.“ „Ja, mein Junge, wo fehlt's denn?“ „Ich hab' den Doktor mit Ihnen sprechen sehen, Schwester. Was hat er gesagt? Wie lange noch? Kommen Sie, sagen Sie's mir! Ich weiß wohl, daß es nicht mehr lange währt, aber ich möchte gerne wissen, wie lange. Uebermorgen, Schwester, ist meiner Mutter Geburtstag. Und bis dahin möchte ich noch so gerne leben!“

„Ich was, Junge, so schnell stirbt man nicht! Sie bleiben noch viel länger bei uns, verstanden! Und wenn dann die Sonne wieder kommt, sehen Sie gesund und munter wieder auf.“ „Nein, Schwester, sagen Sie das nicht. Das ist ja gar nicht wahr. Der Doktor hat es selbst gesagt, keine Hoffnung mehr. Und dann fühle ich es ja auch selber. Mitten durch die Brust. Haben Sie gehört, Schwester, daß es eine englische Kugel war? Von unseren eigenen Kameraden. Ich mußte es wohl, Schwester. Noch ehe man sie aus der Wunde gezogen hatte.“

„Ich hätte es nicht tun sollen, he? Ich ja, Sie wissen es noch nicht. Kommen Sie mal ganz nahe zu mir, Schwester. Die anderen dürfen es nicht hören. Ich bin... wegelaufen. Sind Sie böse, Schwester? So hören Sie doch, dann werde ich's Ihnen erzählen.“ „Ich bin Holländer, und ich habe unterschrieben. Ich war aus Holland nach Amerika ausgewandert. Dort sei viel Geld zu verdienen, sagte man. Ich hatte es gut dort. Dann kam der große Krieg nach Australien. Mein Vater schrieb mir aus Holland, daß sie nach Australien gingen. Und ich ging auch; ich war Kaiser; in Sidney gab es viel Arbeit, und wir lebten glücklich...“

„Ich hab' noch eine kleine Schwester dort. Sie hat ebensolche Augen wie Sie, Schwester. Aber ihr Haar ist anders. Werden Sie ihr schreiben, wenn... es vorbei ist. Wir hatten einander so gern!“ „Was der Krieg kam. Das ganze Land war in Bewegung. Ueberall sah man die Werbeplakate. Mir kam es zwar schrecklich vor, aber schließlich brauchte ich ja niemals zu kämpfen. Ich war ja Holländer, und da viele Engländer weggingen, hatten wir Arbeit im Ueberflus. Dann begann die Behörde die Arbeit zu zentralisieren. Das war der Anfang. Ich kam zur Arbeit auf eine Farm als Knecht. Aber nach einigen Monaten mußten wir die zum Militärdienst untauglichen Männer anlernen. Sobald die unsere Arbeit konnten, bekamen wir unsere Entlassung. Ich war einer von den Glücklichen, die zeitweise von der städtischen Straßenreinigung in Dienst genommen wurden. Aber kaum war ich vierzehn Tage da, so fragte mich der Aufseher, ob ich für den Dienst ausgemustert sei. Und ich bekam meine Entlassung.“

„Ich sollte nur Dienst nehmen, sagte er. Dann ging das Umherstreifen an, Schwester. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend fragte ich überall um Arbeit nach. Ueberall, überall dieselbe Antwort: „Nimm Dienst!“ Ueberall! Mein Geld ging auf die Neige. Ich litt Hunger. In Hause litten sie Hunger. Jeden Abend sah Schwesterlein mich mit ihren großen Frageaugen an. Das tat so weh, Schwester!“ „Eines Abends sprach mich jemand an. Auf Holländisch. Das tut einem gut und erweckt Vertrauen. Ich bin mit ihm gegangen, und wir haben zusammen getrunken. Whiskey in einem leeren Magen macht schnell betrunken... Und dann habe ich unterschrieben.“

„Ich war betrunken. Ich wollte nicht. Ich fand den Krieg entsetzlich.“ „Aber in Aegypten, wo meine Kameraden tot neben mir niedersank, weil sie aus einer vergifteten Quelle getrunken hatten, begann ich den Feind zu hassen und kämpfte wie ein Wüterek. Die Sonne war dort so heiß, und wir hatten so großen Durst! Aegypten ist ein abscheuliches Land, Schwester!“

„Dann gingen wir nach Gallipoli. Die Ratten fielen sie dort! Hunderte, Tausende! Als wir dort forgingen, kamen wir hierher. Und vor einer Woche machten wir einen Bajonetangriff. Die Stellung war bald genommen. Aber, Schwester, als ich einem Deutschen mein Bajonett in die Brust steck, straukelte ich und fiel neben ihn nieder. Ich hörte, wie er leise und abgebrochen stöhnte: „Vater, Mutter, ich grüße, ich...“

„Schwester, ich habe in Holland nicht bei der deutschen Grenze gewohnt; ich konnte ihn verstehen. Können Sie sich einigermassen vorstellen, was in mir vorging? In mir, der den Krieg immer schrecklich gefunden, der gezwungen war, zu... morden, zur Selbsterhaltung! Mein Doh war geküsst: die Feinde waren für mich Tiere, die meine besten, lustigen Kameraden getötet und arme unschuldige Menschen gemordet hatten. Aber diese drei Worte, so schmerzvoll und traurig vom Munde eines Sterbenden gestammelt, tiefen andere Empfindungen in mir wach. Jetzt begriff ich, daß wir Menschen töteten.“

„Zwei Tage später mußten wir wieder hinaus, Schwester. Und als meine Kameraden vornwärts stürmten, bin ich zurückgelaufen. Ich war nicht feige, Schwester. Ich habe auf Gallipoli einen Verwundeten zwanzig Meiler vor den feindlichen Laufgräben weggeholt.“

„Aber ich dachte an meine Mutter, Schwester, und an die Mutter dieses Deutschen. Und dann bin ich zurückgelaufen. Meine eigenen Kameraden schossen auf mich. Ich darf es ihnen nicht übel nehmen. Ich brachte ja ihr Leben in Gefahr. Mitten durch die Brust, Schwester. Sind Sie mir nun böse? Nein, Sie sind ja so gut! Sie werden ihr schreiben, wie?“

„Ich möchte schlafen, Schwester. Ich bin so müde, so müde...“ (Deutsch von G. Gärner.)

Vierhundertjähriges Talerjubiläum.

Unter den Silbermünzen, die demnächst bei ihrer Einziehung aus dem Verkehr in die Regierungskassen zurückzuziehen werden, befindet sich ein Jubilar, der in diesem Jahre seinen vierhundertjährigen Geburtstag feiert. Kennt er sich auch seit einigen Jahren nur noch schlicht „Drei Mark“, so hat er doch im Volksmund den altväterlichen Namen „Taler“ bewahrt, wie denn diese Bezeichnung zu den volkstümlichsten unter allen Münzbezeichnungen in Deutschland gehört. In dem Spiel der Kinder „Taler, Taler, du mußt wandern“, der alten Spartweisheit „wer den Pfennig nicht ehrt, ist des Talers nicht wert“ und zahlreichen Taleranmungen kommt die Volkstümlichkeit gerade dieses Geldstückes zum Ausdruck.

Seit dem Jahre 1517 prägten die Grafen von Schlad in Joachimsthal in Böhmen aus dem dort gewonnenen Silber Goldengroschen von zwei Lot Gewicht, die halb als Joachimsthal oder Schladtaler so bekannt wurden, daß die daraus durch Abschlagung abgeleitete Münzbezeichnung für jedes größere Silberstück von über einem Lot Gewicht reich allgemeine Geltung gewann. In Deutschland, wo der Taler 1568 zur gesetzlichen Reichsmünze erhoben und zunächst 66 Kreuzer gleichgesetzt wurde, gab es bald je nach Gepräge, Zusammenlegung und Ursprungsort die verschiedenartigsten Taler, so Doppeltaler, halbe, viertel, sechstel, dreittel und zweidrittel Taler. Ihrer inneren wie äußeren Mannigfaltigkeit entsprachen in den einzelnen Kleinstaaten die unterschiedlichsten Einteilungen, wie in 24 gute Groschen, 45 Mariengroschen oder 30 Kreuzer oder Silbergroschen. Der Taler sollte ursprünglich dem Werte des früheren deutschen Goldgulden in Silber entsprechen, was zu der anfänglichen Bezeichnung Goldengroschen führte, deren erste 1484 in Hall in Tirol geprägt wurden, bis ihr Name durch den Taler der Grafen Schlad abgelöst wurde. Die Ausprägung erfolgte nach dem in den einzelnen Staaten geltenden Fuß. So wurde nach dem 1690 von Kurfürst Johann Georg III. aufgestellten „Leipziger Fuß“ die Mark Silber auf 12 Taler ausgeprägt. Dieser Fuß wurde in ganz Norddeutschland angenommen und auf dem Reichstag von 1787 sogar zum Reichsfuß erhoben. 1748 führte Kaiser Franz I. in Oesterreich den nach dem Beitritt Bayerns „Kondentionsfuß“ genannten 20-Guldenfuß ein. Nach ihm wurden die in Süddeutschland stark verbreiteten Kondentions- oder Spejzestaler gelassen. Denselben ließen in Süddeutschland viel die französischen 8-Livres-Taler um, die man Laubtaler nannte, und die belgischen Krontaler, Schwerotaler oder Braubanter Taler. Dem Spejzestaler seiner Zusammensetzung nach verwandt ist der bekannte Maria-Theresien-Taler, der seit 1765 in Oesterreich für den Handel nach der Levante geprägt wurde und seit 1780 unverändert diese Jahreszahl und das Bildnis der Kaiserin Maria Theresia führte.

Einer großen Beliebtheit erfreuten sich die zwei Taler mit Heiligenbildern: der in Goslar, Mainz, Trier, Bayern und Ungarn gelagene Marientaler mit dem Marienbilde und der vom Kriegsvolk als Talisman vielbegehrte Georgstaler.

Ueber die Grenzen Deutschlands hinaus fand die Bezeichnung Taler in sprachlicher Umwandlung im amerikanischen Dollar und den skandinavischen Rigsdaler und Riksdalern wie bei anderen Münzen auch im Auslande Aufnahme.

Der neue Eisenbahnwagen.

Während des Krieges kann sich die Verbesserung von Einrichtungen, die hauptsächlich der Friedenswirtschaft dienen, naturgemäß nicht so schnell und sichtbar vollziehen, wie man es von früherer Zeit

gewöhnt ist, und eine Neuerung braucht mehr Zeit, um zu allgemeinerer Wirkung zu gelangen. Doch insbesondere das Eisenbahnwesen ist im Kriege vor Aufgaben von so gewaltiger Ausdehnung und Dringlichkeit gestellt worden, daß sich die Fortschritte im Ausbau des Materials nicht in dem sonst üblichen Tempo abzuspielen vermögen. Um so mehr verdient es betont zu werden, daß mitten im Kriege ohne viel Aufhebens eine Reubeit im Schnellzugbetriebe erprobt und erstmalig eingeführt worden ist, die in Zukunft für die Bequemlichkeit und Sicherheit des Reisens zu einer großen Bedeutung berufen erscheint. Es ist das der eiserne D-Zug, der seit kurzem zwischen Berlin und Köln läuft, ein Zug, der bis auf die innere Ausstattung der fünf Personenwagen und des Speisewagens völlig aus Eisen hergestellt ist.

Bewisse Vorteile des Ersetzes von Holz durch Eisen liegen auf der Hand. Insbesondere für den Fall von Zusammenstoßen, deren Wirkung die eisernen Wagen einen weit größeren Widerstand entgegenzusetzen vermögen. Es ist doch bekannt, daß bei solchen Eisenbahnunfällen die graustiftesten und gefährlichsten Verletzungen durch das zersplitterte Holz der Wagen verursacht werden. Schon vor 20 Jahren und etwas darüber hat sich der Umbruch im Bau der Eisenbahnwagen zu vollziehen begonnen. Aber erst jetzt hat der eiserne D-Zug, der diesen Namen ganz verdient, das Licht der Welt erblickt. Die Tatsache ist bemerkenswert und folgenreicher genug, um ihr, nach einigen Mitteilungen der „Mensch“ über die Bauart dieser neuen Wagen, eine kurze Schilderung zu widmen.

Wer die Wagen betritt, wird im Innern auf den ersten Blick keinen Unterschied vom gewohnten Aussehen bemerken, da die Wände und der Fußboden mit Holz bekleidet sind. Die Wagen sind von noch größerer Länge, und vor allem fällt der längs über sie hinwegstreichende hohe Aufbau des Daches ins Auge, der eine bessere Lüftung der Abteile herbeiführt. Auch die Form der Wagen ist neu und weicht besonders in den Vorbauten von dem bisherigen Brauch ab. Hier ist alles geschehen, um die Wagen gegen einen Zusammenstoß rammischer zu machen, nicht nur durch die Anordnung der Stirnwände, sondern auch durch den Einbau eines besonderen sogenannten Kammendes von tonnenförmiger Gestalt. Auch die Seitenwände des Wagenkastens sind in der Rassenverteilung neu berechnet und erhalten dadurch eine größere Festigkeit, daß der Oberzug bis auf die Höhe der Fensterbrüstung hinaus verlegt ist. Doch auch unsere großen Durchgangswagen bisher immer noch hölzerne Untergestelle besaßen, wird vielen überhaupt nicht bekannt gewesen sein, und hier bot denn auch der Ertrag durch Eisen am ehesten begonnen. Jetzt soll dieser Wechsel des Materials allmählich allgemein durchgeführt werden. Ränder wird gegen die eisernen Durchgangswagen vielleicht den Verdacht haben, daß sie ein größeres Gewicht besitzen als hölzerne. In Wirklichkeit sind die eisernen Wagen sogar noch bedeutend leichter, weil sie im Verhältnis zum Holz weniger Material beanspruchen.

Notizen.

Prof. Vitzeland, ein bedeutender norwegischer Naturforscher, ist auf einer Reise im fernen Osten — in Tokio — erst 50 Jahre alt, gestorben. Am wichtigsten ist das von ihm angegebene Verfahren, Salpeter aus der Luft mittels der elektrischen Wogenlampen zu gewinnen, geworden, besonders für Norwegen, wo billige Wasserkräfte zur Verfügung stehen. Allgemein angenommen wurde auch seine Erklärung der Nordlichter, die er aus elektromagnetischer Sonneneinstrahlung ableitet.

Meine Kinder, deine Kinder und unsere Kinder. Teresa Carrero, eine Bolivianerin, gab im Freundeskreise gern dies und das aus ihren Ehestandsleben zu erzählen. Diermal verheiratet, hatte sie auf diesem Gebiete begründeterweise reiche Erfahrung, und besonders gestaltete sich die Verbindung zweier so starker Persönlichkeiten, wie d'Albert und die Carrero, in vieler Hinsicht merkwürdig und eigenartig. Als die beiden sich miteinander vermählten, brachte jeder von ihnen aus früherer Ehen schon Kinder mit, und auch ihr eigener Liebesband ward mit Nachkommenschaft gesegnet. Diese Jugend pflegte sich nicht immer friedlich zu vertragen, und wenn es unter den Kindern der Hauses zu Lärm und Zusammenstoß kam, dann rief der empfindliche d'Albert mit Vorliebe die taikraftige Hausfrau zu Hilfe. Und so geschah es eines Tages, daß die Carrero sich von ihrem Gatten mit der drohlich-wehmütigen Klage angerufen hörte: „Teresa, meine Kinder und deine Kinder haben unsere Kinder!“

Heiraten die Engel? Die Religionsverkünder verschiedener Schattierungen, wie sie besonders die nordischen Länder häufig durchstreifen, haben bei Anknüpfung ihrer Versammlungen vor allen Dingen den eigenen Verdienst vor Augen, wählten daher oft die sonderbarsten Predigtvorwürfe, um recht viele Zuhörer anzulocken. Eins der eigenartigen dürfte jedenfalls der Gegenstand sein, den der norwegische Laienprediger Ole Johansen dieser Tage in Kristiania behandelte. Er hatte die Frage gewählt: „Verheirateten die Engel sich in Noahs Tagen mit Frauen?“

Der starke Mann.

Eine schweizerische Offiziersgeschichte von Paul Jig. Das wäre denn doch zu viel Nachgiebigkeit und würde nur als Schwäche gedeutet! Bewahre, das Ofenpanier ergreifen wir nicht, komme was da wolle!“ wehrte der Divisionär mit lächelnder Entschiedenheit ab. Das feinorganisierte Gesicht des Sprechers war von mancherlei Energien erleuchtet; aber ohne die Uniform hätte man daraus eher auf einen Gelehrten oder Diplomaten als auf einen Militär geraten. Dieser Mann war besonders getragen von den Eigenschaften eines Handlungsherrn, der schon in jungen Jahren großzügig schalten lernte und dabei dank seines fest gegründeten Hauses von den Aufregungen eines schweren Existenzkampfes verschont blieb. Hast und Ueberstürzung schien seiner Art durchaus fremd. Man sagte ihm nach, er kenne nur eine Leidenschaft, nämlich die des Vaters gegenüber der Tochter, deren Wünsche und Launen bei ihm kaum je auf Widerstand stießen. Adolf Lenggenhager stellte seine Verehrung für den klaren, ruhig herrschenden Mann nicht unter den Scheffel; er achtete genau auf dessen Worte und Gebärden, die er als Vademecum aristokratischer Umgangsformen verehrte. Daß Oberst Steiger, an dessen Tisch schon Fünftelchen gegessen hatten, einer der wenigen Schweizer war, die sich mit Zug zur Gemeinde der oberen Laufing zählten und ihre Zugehörigkeit an den großen Kurorten gerne bewiesen, erfüllte den jungen Streiber mit besonderer Ehrfurcht. Er hatte nur ein Lächeln des Mitleids für die vielen reich gewordenen Landsleute, die die Schlachten ihres Berufes nicht los wurden, also nie in den freien Besitz ihrer Güter gelangt.

Und morgen wollte er als Werber vor den Geseierten hinstreten? Ob er diesen Schritt wagen durfte? Es war unmöglich, in dem höflichen, wohlwollenden Wesen des Obersten eine auch nur leise Veränderung zu entdecken. Und doch — konnte er, der Viehhändlersohn, dieses Wohlwollen des Patriarchen nicht vielleicht von Anfang an zu hoch eingeschätzt haben? Als der Blagkommandant sich entfernte, zog Steiger den jungen Mann wie gewohnt ins Vertrauen. Doch nicht, ohne ihm unter vier Augen einen väterlichen Verweis zu erteilen. „Merken Sie sich vor allem dies: einem rasenden

Volksknecht zu drohen, wenn man nicht im nächsten Moment den Befehl „Feuer!“ geben kann, ist Unsinn. In falscher Stelle behauptete Autorität schlägt leicht in Lächerlichkeit um. Uebri gens bin ich im gleichen Spital krank. Der Volkstribun Erikmann wittert in dem Musikhandel wieder einmal Scharfmachergerüche. Ich fürchte, er wird uns heute noch coram publico die Leviten lesen.“ Ueberlegen lächelnd zog er weiter, während Lenggenhager sich beruhigt nach seiner Dame umsaß.

Renée Steiger schien ihn gar nicht zu vernimmen. Sie hatte den Zwischenfall mit Erikmann wohl bemerkt und dessen Tadel durch ihren Bruder vernommen, der nun eine vernichtende Kritik an dem unerwünschten Freier übte. Er hatte das ewig schwankende Wesen in eine Ecke des Saales gedrängt und sprach leidenschaftlich mit merklichem Rummer auf sie ein. „Daß du selbst es nicht fühlst! Wie ein Marktschreier hat er sich benommen. So etwas tut mir ein blutiger Renommist, der um jeden Preis von sich reden machen will. Ein Mensch, der überhaupt nicht auf eigenen Füßen steht, sondern von der Anerkennung anderer abhängig und darum stets nur darauf bedacht ist, Gewaltstreich, aufsehenerregende Kraftmeiereien zu verüben. Das ist er. Er kommt mir wie ein Wirtshausprahler vor, der vorgibt, Tischdecken abzuschlagen und Stühle mit Menschen aufheben zu können. Ist es denn anders mit dem heutigen Abend? Papa gab ihm so beifällig einen Wink wegen der Musik. Wichtig, gleich mußte diese Kriegslust an die große Glocke gehängt und ein Skandal daraus werden! Und so wird es immer sein. Ja sage dir, hüte dich vor dieser Gewaltnatur!“

„Wieso ist er denn schuld daran? Er hat doch das Gassenvolk nicht zusammengetrommelt!“ widersprach die Schwester entsetzt und dennoch in Verwirrung gestürzt. Ihr war nicht entgangen, daß die Freundinnen ihren Ritter eher lächerlich als romantisch fanden. Und vor wenigen Minuten schmeichelte ihr noch das Gefühl, neben dem Heiden des Abends zu sitzen! Konnte denn ein unvorsichtiges Wort einen derartigen Umbruch bewirken? Sie wagte es nicht, dem Rasenden ins Gesicht zu sehen. Der Bruder hingegen spürte, daß der Keil, den er zwischen die beiden getrieben hatte, tief eingedrungen war. Befriedigt zog er sich zurück. Im Vorbeigehen bot er Lenggenhager frohlich die Hand, ohne den peinlichen Vorfall mit einer Silbe zu er-

wähnen. Die beiden Guitden maßten sich mit prüfenden Blicken.

„Ich fürchte ich nicht — du bist nur noch ein kleines Hindernis vor meinem großen Ziele!“ flammte Lenggenhagers Auge.

„Dein Paradies soll dir bald zur Hölle werden!“ parierte der scharfsichtige Begner.

Alsbald stand jedoch der Bauernsohn in ertröchter Selbstsicherheit vor der errötenden Aristokrat, der er mit einer fast ironischen Verbeugung den Arm bot, um sie an ihren Platz zu geleiten. Ohne ein Wort gehört zu haben, wüßte er, was vorgegangen war. Aber zunächst hatte er genug zu tun, den schwellenden Stolz zu regieren, der ihn erfüllte, als er, von hundert Blicken gefolgt, neben der begehrtesten Treustätterin den Saal von einem Ende zum andern durchmaß. Sie mußte wohl merken, daß es kein Zurück mehr gab. Gerade seine allen Gefahren trotende Wahabigkeit war es ja, was diesen Mann für ihr Gefühl so unwiderstehlich machte. Indem er mit den Worten aller Höflichen fragte: „Darf ich Sie bitten?“ rief er sie schon mit sich fort, ohne im geringsten auf das ihm wohlgefällige hochmütige Kopfschütteln zu achten.

„Ja, ebenso! Das sehe ich gern!“ winkte ihm die Blagkommandantin Beifall zu, als er mit der widerstrebenden Schönen am Tisch der Ehrengäste vorbeikam. Erst vor ihrem Stuhl gab er die bezwingende Hand frei. Es war eine zärtlich gepflegte, überflankte, nur mit einem altmodischen Siegestring geschmückte Hand, von ihren weichen Ähren erzählend, die zeitlebend als stille Hüterinnen des Hauses gewaltig hatten, hilflos im Grunde, wenn die Liebe ihrer Männer allgemach der Gewohnheit des Daseins verfiel. Renée Steiger war nicht vom gleichen Schlag. Sie wollte diesem veralteten Lauf der Welt nicht erliegen, sondern glänzen, verlocken, genießen. Der sie beherrschte, mußte sie auch auf Händen tragen und anbeten können. Auf seine Kraft durfte er bei ihr nicht pochen. Wohl begehrte sie einen Löwen; aber er sollte ihr zu Füßen liegen, und ihren Schutz wollte sie ihm auf den Nacken setzen. Wenn nun aber der Mann an ihrer Seite wirklich nur ein plumper Gewaltmensch ohne jegliches Partgefühl war, wie der Bruder wissen wollte? Wenn er nur darauf ausging, sie und ihren Reichtum in seine Fäuste zu bekommen?

(Fortf. folgt.)

